

Liberalisierung in Zeiten der Instabilität: Spielräume unkonventioneller Partizipation im autoritären Regime der VR China

Günter Schucher

Article Outline

1. Einleitung
2. Legitimität durch Kanalisierung und Lokalisierung von Protestaktionen
3. Offen, geschlossen oder beides? Zur politischen Gelegenheitsstruktur in der VR China
4. Protestanalyse
5. Schluss

1. Einleitung

Seitdem im Westen die Furcht vor dem wirtschaftlich erstarkenden China zugenommen hat, sind auch die zunehmenden Proteste chinesischer Bürger verstärkt in den Blickpunkt der Berichterstattung gelangt, scheinen sie doch ein Indiz dafür zu sein, dass die sozialen Folgen der Entwicklung den politischen Machthabern in Beijing eventuell einen Strich durch ihre Rechnung machen werden. Jeder Protest, sei es der eines einzelnen politischen Dissidenten in Beijing, sei es der Tausender aufgebrachter Bewohner in einer beliebigen chinesischen Stadt, wird dabei zum Beleg für die Schwächen des Regimes. Umgekehrt wird das seit den

Olympischen Spielen im Sommer 2008 zu verzeichnende härtere Vorgehen gegen politisch Andersdenkende – zuletzt gegen die Unterzeichner der „Charta 08“ – zum eindeutigen Hinweis auf die wachsende Angst der Kommunistischen Partei vor dem Verlust ihrer Macht (Lorenz 2008; FAZ 2008).

Diese Darstellungsweise verwischt allerdings die Unterschiede zwischen dem politisch motivierten Protest, der sich gegen das politische System richtet, und dem eher sozial motivierten Protest, der zunächst auf die Äußerung und dann auf die Verwirklichung (meist punktueller) sozialer Interessen und Forderungen gerichtet ist. Ob und wann dieser Protest für das politische System gefährliche Formen annimmt, hängt unter anderem auch von den Reaktionen des Regimes selbst und seinen Möglichkeiten ab, aktiv einzugreifen.

Die Forschung zu kollektiven Aktionen und sozialen Protesten im autoritären China kommt übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass diese bisher noch keine systemgefährdenden Dimensionen angenommen haben. Sie konzentriert sich allerdings fast sämtlich auf die Strategien von Unzufriedenen (z. B. Lee 2000; Hurst 2004; Lee 2005) oder – soweit vorhanden – von Organisationen, mit denen die Hoffnung verknüpft werden kann, dass eine Zivilgesellschaft entsteht (z. B. Ho 2007; Ho und Edmonds 2008). Regime und Staat handeln dagegen eher reaktiv und schaffen durch die Reformpolitik nur hinreichend Anlässe und neue Gelegenheitsstrukturen für Proteste (Zheng 2002).¹

Aber Regime und Staat handeln auch aktiv und bestimmen mit, ob oder wann eine Protestaktion oder -bewegung (entweder organisiert oder als Zyklus von Protesten) zu einer wirklichen Systemopposition wird. Dabei darf sich die Analyse dieses Handelns nicht darauf beschränken, dem (autoritären) Regime einzig die Option der Unterdrückung (*suppression*) als Möglichkeit der Aktion zuzugestehen (Ling 1994; Cai 2008a) und alle Zugeständnisse (*concession*) als (reaktive) Schwäche auszulegen (Desai et al. 2007). Vielmehr gilt es, das gesamte Spannungsfeld zwischen bedingungslosen Zugeständnissen und exzessiver Repression zu untersuchen (Cai 2008b). Dies ist entscheidend, um die Stabilität und Legitimität des politischen Regimes in China zu beurteilen. Hier soll gezeigt werden, dass es der chinesischen Führung gelungen ist, die kollektiven Aktionen und sozialen Proteste durch selektive Toleranz zu kanalisieren und damit zu entschärfen.

Diese Sichtweise knüpft an die Forschung der letzten Jahre an, die nach den Gründen für die Widerstandsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit und Langlebigkeit autoritärer Regime fragt und nicht in jeder Art von Protest bereits ein Anzeichen für deren Niedergang sieht (z. B. Dalpino 2000; Wheaton 2001; Smith 2005). Spätestens seit Nathans Aufsatz zur *resilience* des autoritären Regimes in China im *Journal of Democracy* hat sich auch die Chinaforschung diesem The-

¹ Während laut Fishman ein „Regime“ als die formale und informelle Organisation des Zentrums der politischen Macht sowie seiner Beziehungen zur Gesellschaft gedacht werden kann, ist der „Staat“ die eher dauerhafte Struktur der Herrschaft und Koordination einschließlich des Zwangsapparates und der Mittel, um die Gesellschaft zu verwalten und deren Ressourcen zu extrahieren. Beide sind mehr oder weniger eng miteinander verwoben und können auch „fusionieren“, wovon für China auf zentraler Ebene ausgegangen werden kann (Fishman 1990: 428, 434).

ma zugewandt (Nathan 2003; Gilley 2003; Gilley 2005; Wang 2006; Cai 2008b; Gilboy und Read 2008; Gilley und Holbig 2009).

Im genannten Spannungsfeld zwischen Zugeständnissen und Repression stehen dem Regime verschiedene strategische Optionen zur Verfügung, von denen hier zwei genauer betrachtet werden sollen, die bisher in der Chinaforschung fast durchgehend vernachlässigt wurden: 1. Legitimität zu schaffen, indem die Protestaktionen kanalisiert werden, und 2. das Vertrauen in die Zentralregierung aufrechtzuerhalten, indem die Proteste lokalisiert werden und die ihnen zugrunde liegende Problematik einer Lösung zugeführt wird. Andere Strategien sind z. B., Proteste durch Informationsblockaden einzugrenzen oder sie durch den Ausbau des Rechtssystems zu vermeiden, worauf verschiedene Autoren hingewiesen haben und was hier nur kurz erläutert werden soll.

Zu den wichtigsten Ressourcen von Protestbewegungen gehören anerkanntermaßen Informationen – über soziale und politische Entwicklungen ebenso wie über andere Proteste. Shi hat in seiner Untersuchung politischer Partizipation in Beijing festgestellt, dass Informationen aus inoffiziellen Quellen der wichtigste Faktor für das partizipatorische Engagement sind (Shi 1997). Das Internet hat sich dabei zu einem Medium entwickelt, das geeignet ist, individuelle in kollektive Aktionen zu transformieren (Chase and Mulvenon 2002; Zheng and Wu 2005; Zhou 2006), aber auch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten von Mobiltelefonen stellen den Staat vor bisher nicht gekannte Kontrollprobleme (Lu and Weber 2007), auf die er gemeinhin mit Informationsblockaden antwortet. In diesem Sinne ist die größere Toleranz der seit 2002 amtierenden Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao gegenüber öffentlichen Protesten von Beginn an begleitet von einer schärferen Kontrolle der Medien, einschließlich der neuen, internetgestützten und mobilen Kommunikationsformen (Willmann 2006d; Zhou 2006). Allerdings konnte auch die viel zitierte „Great Firewall“ den internetgestützten Diskurs Unzufriedener nicht verhindern, sodass sich inzwischen die Medienpolitik partiell geändert hat und explizit zu mehr Wahrhaftigkeit aufgefordert wird. Wie auch bei Protesten „auf der Straße“ scheint sich in der Führung ein differenzierter Umgang durchgesetzt zu haben, je nach dem, ob die Aktionen das Regime bedrohen oder nicht (Zheng and Wu 2005: 531 f.). Die Führung kann die neuen Kommunikationsmittel auch direkt für ihre Interessen einsetzen, sei es, um ihr genehme Ansichten zu verbreiten (Lagerkvist 2005), sei es, um destabilisierendes Kaderverhalten einzudämmen (Huang 2008a; Huang 2008b).

Seine Macht ermöglicht es dem Staat, durch die Erweiterung institutioneller Wege und den Ausbau des Rechtssystems Protestbewegungen in (für ihn) eher akzeptable Formen zu kanalisieren (Walker et al. 2008). Zu nennen sind hier u. a. die Wiederbelebung der traditionellen Beschwerdeform der „Briefe und Petitionen“ (*xinfang*) (Cai 2004b; Qiu 2005; Minzner 2006; Gransow 2008), das *Administrative Litigation Law*, das Bürgern erlaubt, gegen Behördenentscheidungen zu klagen (Landry and Tong 2005) oder das jüngste Gesetz zur Neuregelung der Schlichtungs- und Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten (Schucher 2008b). Diese

„neuen“ Formen haben allerdings nicht dazu geführt, dass die Zahl der Proteste abgenommen hat, im Gegenteil: Die Zahl an Petitionen hat zwar immens zugenommen, aber Unzufriedene kombinieren dieses Mittel entweder bewusst gleich mit offenen Protesten und auch mit juristischen Schritten oder gehen zum offenen Protest über, wenn ihre Petitionen keinen Erfolg bringen. Der Grad zwischen legalen und disruptiven Aktionen scheint sehr schmal zu sein, wobei allerdings auch nicht verschwiegen werden darf, dass ein Großteil der Unzufriedenen eher nichts unternimmt (Cai 2008c). Auch die neuen Gesetze haben die Zahl der Protestfälle eher wachsen lassen, da sie einerseits das Bewusstsein der eigenen Rechte stärken und andererseits Rechtsprozesse nach wie vor als „letztes“ oder auch als ineffektives Mittel gelten (Schucher 2008a; Schucher 2008b). Sogar für Mitglieder der Partei oder parteinaher Organisationen scheint das unkonventionelle Mittel des Protestes eine attraktive Form der Partizipation zu sein (Guo 2007).

Im Folgenden sollen zunächst die beiden Strategien, die hier im Mittelpunkt der Untersuchung stehen sollen – 1. Protestaktionen zu kanalisieren, um Legitimität zu schaffen, und 2. Proteste zu lokalisieren, um das Vertrauen in die Zentralregierung aufrechtzuerhalten –, auch unter Bezugnahme auf die theoretische Literatur zu sozialen Bewegungen näher beschrieben werden (Abschnitt 2). Anschließend sollen sie im Kontext des Ansatzes zu politischen Gelegenheitsstrukturen betrachtet werden, da sich in der Protestforschung speziell dieser konzeptionelle Ansatz mit der Interaktion staatlichen Handelns und kollektiver Aktionen befasst (Abschnitt 3). Dabei sollen Indizien entwickelt werden, anhand derer mittels empirischer Daten geprüft werden soll, inwieweit es Hinweise darauf gibt, dass die betrachteten beiden Strategien wirksam sind (Abschnitt 4). Abschnitt 5 fasst die Ergebnisse zusammen.

2. Legitimität durch Kanalisierung und Lokalisierung von Protestaktionen

Politische Partizipation ist nicht eindeutig definiert, wenn sich die Definitionen auch weitgehend gleichen. Sie gehen im Kern davon aus, dass Bürger, die „Öffentlichkeit“, freiwillig Aktionen durchführen, die darauf abzielen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (Übersicht bei Quintelier 2008: 12 f.). Konkret allerdings hat sich das Verständnis von politischer Partizipation mit der Diversifizierung und Ausweitung der handelnden Subjekte, deren Repertoires und Zielen seit Beginn dieser Forschung in den 1950er Jahren laufend erweitert. Angesichts dessen, dass „nichttraditionelle“ Partizipationsformen einschließlich derer, die die modernen Kommunikationsmittel und vor allem das Internet bieten, immer häufiger genutzt und zunehmend akzeptiert werden und dass sowohl internationale als auch supranationale Ziele einbezogen werden, betrachten mehr und mehr Autoren „bürgerliche“ (*civic*) Partizipation generell als politisch relevant (ebd.).

Aufgrund der im kommunistischen China fehlenden Möglichkeiten, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, hat die Forschung zur Partizipation in diesem Staatschon frühzeitig auch andere Formen in die Betrachtung einbezogen und die Definition relativ weit gefasst.

So umfasst politische Partizipation bei Townsend „all those activities through which the individual consciously becomes involved in attempts to give a particular direction to the conduct of public affairs“. Er berücksichtigt dabei auch die Beteiligung an der politischen Umsetzung von Entscheidungen (Townsend 1969: 4).

Nicht explizit berücksichtigen konnte er allerdings in einer Phase starker politischer Zentralisierung die Rolle lokaler Regierungen. Das Verständnis von Partizipation im heutigen China muss daher die intendierte Einflussnahme auf alle Ebenen des politischen Systems einbeziehen (siehe die Definition bei Kaase und Marsh 1979b: 42). Auch andere Studien haben gezeigt, dass „der Staat“ disaggregiert werden muss, da jede Einheit ihre eigene Agenda hat, gegen die sich Proteste richten können (Walker et al. 2008). Monolithische Strukturen sind ohnehin nicht geeignet, um immer komplexere Gesellschaften zu regieren.

Seit der Studie von Barnes und Kaase 1979 werden unter Partizipation nicht nur konventionelle, sondern auch unkonventionelle Formen verstanden, also „direkte, nichtinstitutionalisierte Aktionsformen“ (Fuchs 1984: 622), oder auch alle Arten von Protesten. Zivile Protestaktionen (*contentious collective action*) bezeichnen dabei nach Tilly (1995: 42) „das diskontinuierliche Stellen von Forderungen, die sich auf die Interessen anderer Personen auswirken“ – im Unterschied zu kontinuierlichen Forderungen, die mittels institutionalisierter Aktivitäten (wie in Parlamenten oder von Gewerkschaften) geäußert werden. Kollektiv sind diese Aktionen dann, wenn sich mindestens zwei Personen daran beteiligen.

Proteste wurden in der Forschung anfangs mit illegalen oder das politische System in Frage stellenden Aktivitäten gleichgesetzt – „acts of disruption, destruction, an injury [...] against the political regime“ (Hunt und Goel 1980) –, eine Sichtweise, die allmählich einer differenzierteren Betrachtung gewichen ist. Fuchs z. B. rechnet die legal unkonventionelle Beteiligung (Unterschriftensammlung, genehmigte Demonstration) zur demokratischen Beteiligung, während er zivilen Ungehorsam (Boykotte, Blockaden, Besetzungen) und politische Gewalt (gegen Sachen oder Personen) als „aggressive Beteiligung“ definiert, die nicht das Kriterium der Legitimität erfüllt (Fuchs 1984: 622 f.). Für Kaase und Marsh beginnt die Skala unkonventioneller Protestformen bei der „Unterzeichnung von Unterschriftenlisten/Petitionen (1)“, beinhaltet weiter die „Teilnahme an genehmigten Demonstrationen (2)“, die „Beteiligung am Boykott (3)“, die „Weigerung, Steuern oder Miete zu zahlen (4)“, die „Besetzung von Gebäuden/Sit-ins (5)“, „Straßenblockaden/Demonstrationen (6)“ und endet bei der Beteiligung an „wilden Streiks (7)“ (Kaase und Marsh 1979a: 154; siehe auch Marsh und Kaase 1979: 69 ff.).

Für unsere Argumentation hilfreich ist auch die zweidimensionale Bewertungsskala, die Sabucedo und Arce (1991) entwerfen: Dabei unterscheiden sie einerseits zwischen konservativen und progressiven Protestformen und andererseits zwischen (friedlicher, legaler und demokratischer) Partizipation „*innerhalb* des Systems“ und (gewalttätiger, illegaler, antidemokratischer) „*außerhalb* des Systems“ (Hervorhebungen: G. S.).

Nicht alle der von den Autoren genannten Formen unkonventioneller Partizipation finden auch in autoritären Regimen Anwendung. Die hier aufgeführten konnten jedoch alle in Chi-

na beobachtet werden. Das meist genutzte Mittel ist dabei die Petition, gefolgt von Demonstrationen; andere stärker konfrontative und gewalttätige Formen sind Streiks und Hungerstreiks, Sit-ins und Blockaden (von Verkehrseinrichtungen und Gebäuden), die Besetzung von Gebäuden, Sachbeschädigung, Gewalt gegen Personen (Kämpfe mit Sicherheitskräften), Geiselnahme und Plünderung.

Unterschriftenlisten mit politischen Forderungen, vor allem überregionaler Art und meist online, wie zur Privatisierung des Agrarlandes oder die genannte Charta 08, sind dabei von Petitionen zu unterscheiden, da sie „außerhalb des Systems“ stattfinden. Vor allem die Bildung nicht genehmigter politischer Organisationen ist eindeutig eine illegale Form der Partizipation. Dies zeigt, dass, anders als bei Sabucedo und Arce, deren Dimension von „innerhalb/außerhalb des Systems“ im Folgenden Anwendung finden soll, diese Trennung nicht mit der zwischen friedlichem und gewalttätigem Protest gleichzusetzen ist. Vielmehr können auch friedliche Proteste außerhalb des Systems stehen, wenn sie sich gegen das politische Regime richten. Allerdings sind die Grenzen zwischen den einzelnen Aktionsformen nicht immer eindeutig, zumal sie häufig auch in Kombination eingesetzt werden.

Auffällig ist, dass in der Protestforschung für autoritäre Regime in der Regel davon ausgegangen wird, dass alle Formen von Protest – auch „zustimmender“, sich auf vorhandene Rechte berufender – per se gegen das Regime gerichtet sind (Shi 1997; Johnston und Mueller 2001; Straughn 2005; O'Brien und Li 2006). Die Autoren verfallen dabei dem verständlichen Wunsch, in autoritären Systemen Anzeichen für politische Reformen oder gar Demokratisierung auszumachen. Form und Intention von Protesten sind allerdings nicht in jedem Fall gleichzusetzen. Unkonventionelle Partizipation kann auch das Ergebnis eines Mangels an oder der Ineffizienz formaler und konventioneller Partizipationskanäle sein (Makarovic o. J.). Und selbst unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zum Zusammenbruch autoritärer Regime muss spätestens seit Geddes' wegweisender Typologisierung autoritärer Regime zwischen verschiedenen Formen politischer Protestaktionen und verschiedenen Regimen unterschieden werden. Gerade wenn sich z. B. Ein-Partei-Regime als besonders widerstandsfähig erweisen und rund zwei Drittel aller Regimezusammenbrüche gar nicht zur Demokratisierung, sondern nur zu anderen autoritären Regimeformen führen (Smith 2005; Ulfelder 2005; Hadenius und Teorell 2007), ist es notwendig, die Überlebensstrategien von Regimen ins Auge zu fassen und Proteste genauer zu betrachten.

Denn nicht alle Protestaktionen sind *gegen* das Regime gerichtet. Eine Unterscheidung von Partizipation danach, ob die Aktivisten das politische System unterstützen oder dieses in Frage stellen, wird auch für demokratische Systeme vorgenommen. Dabei geht das Legitimitätsmodell eher davon aus, dass die konventionellen „traditionellen“ Aktivitäten die bestehende Ordnung bestärken, während sie durch Protestaktivitäten „aufgerüttelt“ und im extremen Fall sogar durch eine andere Ordnung ersetzt wird. Dem strategischen Ressourcenmodell zufolge ist die Welt der politischen Partizipation allerdings nicht streng geteilt in Unterstützer und Gegner des bestehenden Systems. Vielmehr setzen zum Teil dieselben Personen je nach

Anlass und Situation unterschiedliche Taktiken ein. Auch unkonventionelle Partizipation fordert die Legitimität einer Regierung nicht unbedingt heraus und ist häufig nur „another strategic resource for civic expression“ (Norris et al. 2005).² Laut Wheaton (2001) leitet erst bewusste Opposition den Prozess der Abkehr von autoritärer Herrschaft ein, aber nicht Widerspruch (*dissent*) als solcher; für ihn besteht der Unterschied dabei im Grad der Organisation. Hieraus kann für China der Schluss gezogen werden, dass bei einem gewissen Grad an Vertrauen in die Regierung unkonventionelle Partizipation nicht zwangsläufig gegen das politische System gerichtet ist, sondern zunächst einmal „nur“ eine alternative Taktik zur (fehlenden, unzureichenden oder ineffektiven) konventionellen Partizipation darstellt. Die Regierung kann durch entsprechende Responsivität somit aktiv dazu beitragen, dass Proteste politisch „entschärft“ und kanalisiert werden – ehe sie unkontrollierbar werden. Gerade dies hat die chinesische Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao seit 2002 getan, indem sie die konventionelle Partizipation ausgeweitet und unkonventionelle Partizipation in einem gewissen Maße, wenn auch nicht näher spezifiziert, zugelassen hat. Sie beweist damit im Sinne der klassischen Definition von Legitimität durch Lipset (1981: 84) ihre Fähigkeit, den Glauben zu erhalten, dass die gegebenen politischen Institutionen die adäquatesten für die Gesellschaft sind.

2.1. Ausweitung konventioneller Partizipation und Akzeptanz von Formen unkonventioneller Partizipation

Wichtig zum Verständnis der Politik von Hu und Wen ist zwischen Liberalisierung und Demokratisierung zu unterscheiden. Erstere kennzeichnet einen politischen Prozess, in dem eine politische Führung unter Aufrechterhaltung des autoritären Regimes die politische Kontrolle lockert, ohne die Intention zu hegen, eine demokratische Transition einzuleiten – was nicht bedeutet, dass es sich nicht um die erste Phase einer Transition handeln kann (O'Donnell und Schmitter 1986; Dalpino 2000). Die Modifizierung und Lockerung der eigenen Regeln dient dabei in jedem Fall dazu, den Kern der Macht zu erhalten, bietet aber zugleich auch neue Möglichkeiten für kollektive Aktionen. Liberalisierung stellt insofern einen „Prozess der Veränderung in den Beziehungen zwischen Regime und Staat, zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bevölkerung und Herrschern und sogar zwischen den normalen Bürgern dar, der kurz vor der umfassenden institutionellen Reform Halt macht“ (Dalpino 2000: 3-5). Dies kann sowohl auf passivem Wege, durch das bloße Tolerieren von mehr Offenheit, als auch auf aktivem Wege erfolgen.

Das aktive Handeln des chinesischen Regimes, die „partizipatorischen Strategien der KP Chinas“, schildern He und Warren (2008), die dafür den Begriff „authoritarian deliberation“ prägen. Sie befinden sich in Übereinstimmung mit einer Reihe von Chinaforschern, die sich

² So erklärt sich zum Teil auch das hohe Niveau kollektiver Proteste in postkommunistischen Gesellschaften (Lemke 1997; Ekiert und Kubik 1998b; Ekiert und Kubik 1998a).

in jüngster Zeit der Frage der „Widerstandsfähigkeit“ (*resilience*) und „Anpassungsfähigkeit“ (*adaptability*) des chinesischen Regimes zugewandt haben (Nathan 2003; Perry 2005; Heberer und Schubert 2006; Holbig 2006; Schubert 2007; Heilmann 2008b; Heilmann 2008a; Schubert 2008; Gilley/Holbig 2009). Entscheidend dabei ist, dass sie nicht von einer „Aufweichung“ des Autoritarismus ausgehen (Baum 2004; Baum 2007), sondern untersuchen, inwieweit das Regime selbst Legitimität generieren kann.

Die in China zu beobachtende Liberalisierung soll den Entscheidungen der politischen Elite mehr Legitimität verschaffen und ändert zugleich die Ausübung von Macht. Sie stellt eine Antwort dar auf die Probleme des Regierens in einer immer komplexeren Umgebung mit immer mehr Akteuren, Informationen sowie Interessenbekundungen und Widerständen. Der Staat erweitert die Beteiligungsmöglichkeiten an der Formulierung politischer Präferenzen, ohne letztlich Entscheidungsmacht abzugeben. Beispiele dafür sind u. a. die Wahlen auf Dorfebene, Hearings und öffentliche Diskussionen von Gesetzesvorlagen, die Ausweitung konsultativer Rechte von Massenorganisationen und Politischen Konsultativkonferenzen, die Neuformulierung des Petitionsrechtes oder auch der Ausbau des Rechtssystems und die Möglichkeit, gegen Behördenentscheidungen juristisch vorzugehen – also all das, was in China unter den Stichworten „sozialistische Demokratie“ oder „konsultative Demokratie“ diskutiert wird (Holbig 2007a; Holbig 2007b) und was Cai (2004b) „managed participation“ oder Balzer (2004) „managed pluralism“ genannt haben.

Von besonderer Bedeutung ist hier die Frage, welche Vorteile partizipativer Einfluss dem Regime bringen kann. Neben der Generierung von Legitimität selbst nennen He und Warren (2008: 9 f.) sechs Aspekte: 1. die Kanalisierung und Eingrenzung politischer Forderungen, 2. die Beschaffung von Informationen über Gesellschaft und Politik, 3. den Erhalt der sozialen Ordnung, indem Protestierende kooptiert werden, 4. die Schaffung von Foren zum Meinungsaustausch über Fragen der Marktwirtschaft, 5. die Erhöhung der Transparenz und schließlich 6. die Umlenkung von Verantwortung, um Schuldzuweisung zu vermeiden. Diese Vorteile bestimmen auch den Umgang mit unkonventioneller Partizipation.

Charakteristisch für den deliberativen Autoritarismus ist die Begrenzung von Rechten und Mitsprachemöglichkeiten und deren Beschränkung auf den administrativen und den juristischen Bereich (He und Warren 2008: 12). Gerade aber das Fehlen von Partizipation auf der Regimeebene, zu der unabhängige politische Organisationen, autonome politische Räume, Gewaltentrennung und letztlich Mehrparteienwahlen gehören würden, führt dazu, dass unkonventionelle Formen der Partizipation verstärkt genutzt werden. Diese zu kooptieren und zu kanalisieren ist Teil des neuen politischen Konzeptes der „harmonischen Gesellschaft“, das unter Hu und Wen entwickelt wurde.

Im Juni 1989 wurde die politische Herausforderung der Demokratiebewegung vom Regime brutal unterdrückt. Eine Untersuchung vier Jahre später ergab, dass sich am ehesten benachteiligte Gruppen in Beijing an Protestaktivitäten beteiligten, und ließ Shi (1997) schlussfolgern, dass unkonventionelle Partizipation die bestehende politische Ordnung unterminiert.

Seitdem hat sich das politische Instrumentarium der Regierung allerdings fortentwickelt und bildet heute eine Mischung aus Konzessionen und Repressionen. Deutlichster Ausdruck dieses Wandels ist, dass die Unvermeidlichkeit sozialer Widersprüche im Prozess der Modernisierung anerkannt wurde, was sich an prominenter Stelle auch im Konzept zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft findet, das am 11. Oktober 2006 vom Zentralkomitee (ZK) verabschiedet wurde. Diese Resolution ist das erste größere Parteidokument, das sich zu der Frage der „Massenvorfälle“ (*quntixing shijian*) äußert (CCP 2006). Interessen zu artikulieren ist danach kein feindlicher Akt mehr und schon gar nicht primär von feindlichen Kräften, etwa aus dem Ausland, gesteuert.

In einer Rede vor führenden Kadern aus den Provinzen und Ministerien hat Hu Jintao dieses Konzept am 19. Februar 2005 in der Zentralen Hochschule der Partei in Beijing ausführlich erläutert (Hu 2005a). Maßgebend für die Notwendigkeit und Möglichkeit, das Konzept der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ zu verwirklichen, sei dabei, dass sich Chinas Reformen und Entwicklung zurzeit nicht nur in einer entscheidenden, sondern auch in einer kritischen Phase befänden, in der es neben Erfolgen auch „Fehlschläge wie z. B. wirtschaftliche Stagnation oder *anhaltende soziale Erhebungen* als Folge fehlerhafter Maßnahmen“ gebe (Hervorhebung: G. S.). Und diese Widersprüche und Probleme sowie eine Reihe neuer Trends, zu denen u. a. die immer komplexeren Interessen der verschiedenen sozialen Sektoren gehörten, würden in Zukunft eher noch deutlicher werden und noch lange Bestand haben. Deshalb müssten Partei und Regierung sich ihnen dringend zuwenden und eine harmonische Gesellschaft schaffen, in der allein „die Interessen aller sozialen Sektoren richtig koordiniert sowie die Widersprüche im Volk und andere Widersprüche richtig behandelt“ werden können. Der Prozess des Aufbaus dieser harmonischen Gesellschaft sei zugleich der Prozess der richtigen Behandlung der Widersprüche.

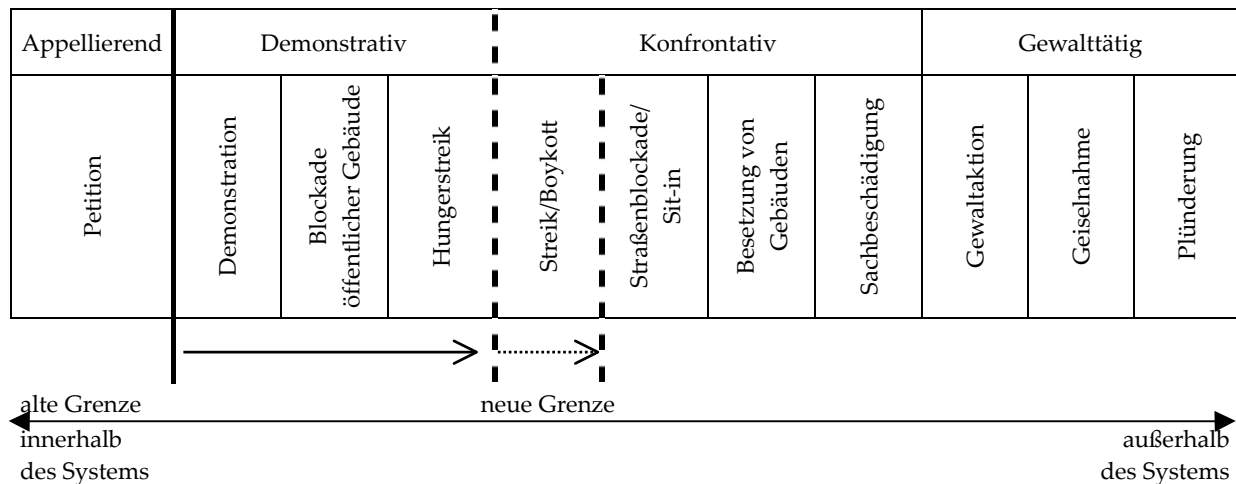
Auffällig dabei sind mindestens vier Aspekte: Erstens geht Hu davon aus, dass Widersprüche in der gegenwärtigen kritischen Phase nicht zu vermeiden sind, zweitens werden sie sogar von langer Dauer sein, drittens spricht er nicht von der Lösung der Probleme, sondern von Koordinierung, und viertens greift er auf das Konzept der „Widersprüche im Volk“ (*renmin neibu maodun*) zurück, das Mao Zedong 1957 entworfen hat und zu dessen Bekräftigung Hu auch auf Aussprüche Deng Xiaopings und seines Vorgängers Jiang Zemin hinweist. Während er verschiedene Wege aufzeigt, wie die Partei, vor allem an der Basis, die Probleme rechtzeitig erkennen und ihnen möglichst effektiv begegnen kann (durch verantwortliches, effizientes, rechtlich korrektes und vernünftiges Handeln), geht er zugleich implizit davon aus, dass es zwangsläufig zu offenen Protesten kommt: Die Partei müsse zwar die Massen anleiten, ihre Interessen im Rahmen des Rechtes vorzubringen, und müsse auch die Wege erweitern, auf denen sie ihre Situation schildern und ihre Ansichten äußern können, aber sie müsse auch „Massenvorfälle auf der Grundlage von Recht und Politik aktiv verhindern und richtig mit ihnen umgehen“ (Hu 2005a).

Demnach ist die Bevölkerung bei unrechtmäßiger Reaktion der verantwortlichen Regierungen, vor allem auf lokaler Ebene, berechtigt, diese Interessen kollektiv und mit dem Mittel des offenen Protestes zu vertreten. Diesem differenzierten Verständnis von öffentlichen Protesten entsprechen bereits Anweisungen des Staatsrates von 1998 und 2002 (Cai 2008a: 27 f.). Danach gelten (nur) diejenigen Massenergebnisse, also Versammlungen, Demonstrationen, Protesten und Petitionen, als „politisch“-destruktiv und damit nicht tolerierbar, die auf den Umsturz des politischen Systems abzielen, die territoriale Integrität Chinas bedrohen oder staatliche Behörden angreifen oder wichtige Infrastruktureinrichtungen zerstören. Entscheidend für ihre Beurteilung ist, ob politische Forderungen aufgestellt werden, ob organisierte Gewalt angewandt und Konfrontation absichtlich gesucht wird oder ob es Unterstützung aus dem Ausland gibt. Den übrigen, friedlichen Aktionen mit legitimen Forderungen soll dagegen nicht mit Gewalt geantwortet werden.

Mit ihrer Anerkennung der Unvermeidlichkeit „interner“ Widersprüche und der Aufforderung, ihnen nicht mit Gewalt zu begegnen, hat die chinesische Führung zur Generierung von Legitimität die Grenze zwischen Aktionen „innerhalb“ und „außerhalb“ des Systems aktiv verschoben, wenn sie damit auch die gewaltsame Unterdrückung von Protesten nicht vollständig verhindern kann. Laut Cai wurde sie jedoch zur Ausnahme, da Lokalkader bei Verstößen fürchten müssen, dass die Zentralregierung zu deren Lasten eingreift. Als Repräsentant des politischen Systems bewertet die Zentralregierung die Legitimität des Regimes höher als die Lokalregierungen und zeigt größere Toleranz gegenüber Protesten, die sich nicht gegen das Regime richten. Konfrontationen, so Cai, sind daher häufiger nicht das Ergebnis antizipierter Eskalation als vielmehr dasjenige bewusster gewaltsamer Unterdrückung. Als alternative Handlungsmöglichkeiten haben sich die selektive Bestrafung von Aktivisten und Organisatoren (häufig im Nachgang zu Protestaktionen), der (illegale) Einsatz von Schlägertrupps und die Anwendung des Strafrechtes herausgebildet (Cai 2008a).

Die Grenzverschiebung lässt sich an einer Reihung verdeutlichen, die – in Anlehnung an die Skala von Barnes, Kaase u. a. – die in China beobachteten Formen unkonventioneller Partizipation in einem „Kontinuum politischer Aktionen“ (Fuchs) erfasst, das von Petitionen über Demonstrationen bis zu Gewaltaktionen reicht (Abbildung 1). Zur Verdeutlichung wurden diese Formen in Anlehnung an eine Klassifikation von Kriesi, Koopmans u. a. in appellierende, demonstrative, konfrontative und gewalttätige untergliedert (Kriesi et al. 1992; Fuchs und Klingemann 1995). Petitionen sind appellierende Aktionen, zu den demonstrativen zählen (zunächst) friedliche Demonstrationen, Blockaden öffentlicher Gebäude und Hungerstreiks, während Streiks/Boykotte, Straßenblockaden/Sit-ins, die Besetzung von Gebäuden und Sachbeschädigung zu den disruptiven, konfrontativen Aktionen gerechnet werden, die ohne Gewalt gegen Personen ablaufen. Gewaltaktionen gegen Personen und Plündern bilden die letzte Gruppe (ohne dass zwischen „leichter“ und „schwerer“ Gewalt unterschieden wird). Sachbeschädigung könnte durchaus als Gewaltaktion gesehen werden, wird hier aber eher als Ausdruck der Konfrontation eingeordnet.

Abbildung 1: Formen unkonventioneller Partizipation: Grenze zwischen Aktionen innerhalb und außerhalb des Systems



Quelle: Zusammenstellung des Verfassers.

Verschiebt sich die Grenze, werden nicht nur appellierende, sondern zumindest auch die demonstrativen, eventuell auch einzelne konfrontative Aktionen wie Streiks und Boykotte als zurzeit unvermeidlich akzeptiert. Die Regierung in Beijing versucht, die Lokalregierungen vom Gebrauch der gewaltsamen Unterdrückung von Protesten abzuhalten, während sie zugleich Differenzen in ihrem Interesse auszunutzen sucht.

2.2. Vertrauenserhalt durch Lokalisierung

Nach übereinstimmender Schlussfolgerung aller Forscher stellen öffentliche Proteste gegenwärtig keine Gefahr für das politische System dar, da sie – mit Ausnahme der sehr seltenen und von wenigen Aktivisten getragenen explizit regimekritischen Aktionen – lokal begrenzt und eher fragmentiert sind (Schucher 2006). Dass dies so bleibt, ist Bestreben der Zentralregierung. Informationsblockaden z. B. sind geeignet, das „repertoire of contention“ Unzufriedener begrenzt sowie Proteste parochial und partikular zu halten, also lokal zu beschränken, und wechselseitige Lernprozesse zu verhindern (Larson und Soule 2003). Besonders hart geht die Regierung daher gegen alle Aktivitäten vor, die den lokalen Rahmen überschreiten, wie das überregionale Agieren von Aktivisten, das Organisieren landesweiter Unterschriftenlisten oder gar die Bildung unabhängiger Organisationen, die sich nicht auf lokale, punktuelle und nichtpolitische Interessen beschränken. Zugleich nimmt sie die Lokalregierungen verstärkt in die Verantwortung. Ihr Ziel ist, dass die Bevölkerung die Ursache für Probleme nicht im autoritären System selbst, sondern bei den (in der Regel lokalen) Kadern sucht, die sich nicht an Gesetze und Bestimmungen halten.

Weaver (1986) hat verschiedene Strategien beschrieben, mit denen Politiker, um die Chancen ihrer (Wieder-)Wahl in demokratischen Systemen zu erhöhen oder zu erhalten, zu vermeiden suchen, dass ihnen die negativen Auswirkungen politischer Entscheidungen zugeschrieben

werden (*blame avoidance*), auf die die Bevölkerung häufig sensibler reagiert als auf die positiven. Autoritäre Regime können seiner Ansicht nach Schuldzuschreibungen nur unterdrücken, aber nicht vermeiden. Allerdings geht er von stark zentralisierten Regimen aus, was zumindest für China nicht (mehr) zutrifft. Auch dort finden einige der von Weaver genannten Strategien (z. B. „redefine the issue“, „pass the buck“ oder „find a scapegoat“) auf den verschiedenen politischen Ebenen Anwendung. Dass sich die neue Führung unter Hu und Wen schon unmittelbar nach ihrem Amtsantritt vermehrt um „benachteiligte Gruppen“ kümmerte (Holbig 2002), ist hier ebenso zu nennen wie die Versuche, Verantwortlichkeit verstärkt auf die Lokalregierungen zu verlagern.

Javeline zeigt am Beispiel Russlands, dass die Möglichkeit, Schuld spezifisch zuweisen zu können, eine große Rolle dabei spielt, ob Unzufriedenheit in Protest mündet (Javeline 2003). In diesem Sinne scheint die chinesische Zentralregierung sehr erfolgreich zu sein; denn ihre Vertrauenswerte sind sehr hoch und sie nehmen in dem Maße „nach unten“ ab, wie die Kontakte zu den Regierungskadern direkt werden. Unzufriedenheit und Protest richten sich meist gegen spezifische Behörden, Beamte oder Polizeieinheiten (Wang 2006; Fewsmith 2007). Die Führung unter Hu und Wen nutzt dieses große Vertrauen in ihre sozialpolitische Aufrichtigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolgskurs, um den Lokalregierungen die Schattenseiten des Wirtschaftsaufschwungs anzulasten (Cheng 2006). Dabei kommt es in begrenztem Umfang zu einem Schulterchluss der Zentralregierung mit den Unzufriedenen. Während Letztere dies zur „Lautverstärkung“ nutzen können, betont die Zentralregierung – auch in den Diskussionen um mehr Demokratie (chinesischer Art) – die verstärkte Notwendigkeit der „Supervision“ der Lokalkader durch die Bevölkerung, um diese so besser kontrollieren zu können.

Der lokalen Ebene mehr Verantwortung hinsichtlich der Regelung von Konflikten zu übertragen, hat auch den Hintergrund, dass frühzeitiges Erkennen eine Lösung vereinfachen und eine mögliche Eskalation verhindern könnte. Am 5. Januar 2007 hat das Parteikomitee des Ministeriums für Sicherheit (*Gong'anbu*) eine Anweisung erlassen, wonach Leiter von Basis-einheiten ihres Postens enthoben und disziplinarisch bestraft werden können, wenn es bei Massenvorfällen aufgrund falscher Behandlung zu schweren Verlusten kommt, wenn Vorfälle ernsthaft eskalieren, wenn sie illegale Aktivitäten nicht untersuchen, darüber nicht berichten und dadurch Unruhen verlängern oder wenn durch Folter, missbräuchlichen Waffeneinsatz oder Gewalt Menschen sterben (Gong'anbu 2007a). Anfang Juli 2008 wurde eine Kampagne „Hilf der Öffentlichkeit“ gestartet, in der alle Parteisekretäre auf Kreisebene von der Zentralregierung verpflichtet wurden, öffentliche Beschwerdefälle so lange zu dokumentieren, bis sie gelöst sind (Wu 2008). Und angesichts der globalen Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die chinesische Wirtschaft haben Parteiführung und Staatsrat Anfang 2009 erneut die Lokalregierungen verpflichtet, sich an der Basis selbst um die dringendsten Probleme zu kümmern und Petitionäre vorzulassen (Wu 2009).

Parallel dazu wurden die Polizeikräfte auf die lokale Ebene verlagert. Laut Wu Heping, Pressesprecher des *Gong'anbu*, hat dies dazu geführt, dass weniger Konflikte entstehen, da die Po-

lizei die Interessen der Bevölkerung besser erfassen kann und sich um Widersprüche oder Konflikte kümmern kann (Gong'anbu 2006). Dazu beigetragen hat auch eine modifizierte Polizeiausbildung, die die Fähigkeiten der Sicherheitskräfte zu Eingrenzung, Steuerung und Auflösung bei minimalem Gewalteininsatz erweitern soll, um so zu vermeiden, dass sich Unbeteiligte provoziert fühlen, sich mit den Protestierenden zu solidarisieren (Tanner 2007). Diese Gefahr ist real angesichts des neuen Trends, dass sich Personen ohne unmittelbare Interessen an dem konkreten Fall (*wu zhijie liyi*) zunehmend und stets relativ schnell Protestaktionen anschließen, was Yu Jianrong „anger-venting riots“ nennt (Zhong und Guo 2006; Yu 2008).

Das Konzept der Lokalisierung spiegelt sich im Verhalten Protestierender, die räumliche Grenzen (wie das Unternehmen oder das Dorf) nicht zu überschreiten versuchen, „konstruktiv“ auf die Einhaltung bestehender Rechte pochen, statt diese „konfrontativ“ ausweiten zu wollen, und die Legitimität staatlicher Institutionen nicht in Frage stellen. Ihre Themen sind interessensspezifisch und lokal (Cai 2002; O'Brien und Li 2006; Cai 2008a; Wu 2008). Petenten allerdings, die spätestens seit dem neuen Petitionsgesetz von 2005 ebenfalls die lokale Ebene nicht verlassen sollen, reisen weiter nach Beijing, da sie den lokalen Behörden nicht trauen (Tanner 2007). Auch dort allerdings ist die Aussicht auf Erfolg sehr gering (Cai 2008c: 97).

Tatsächlich ist die Umsetzung zentraler Leitlinien auf der lokalen Ebene schwer zu kontrollieren und vor allem die untersten Kader und direkten Adressaten neigen eher zur Repression als zu Konzessionen. Dies wird begünstigt durch ein System, in dem die lokalen Partei- und Regierungskader weitgehende diskretionäre Macht über die Polizeikräfte haben (Tanner und Green 2007). Für die Kader zählt in erster Linie, ihre Leistungskriterien zu erfüllen und ihr Image nicht zu beschädigen, wozu auch der Erhalt sozialer Stabilität gehört. Von einer bestimmten Ebene an kann die „Schuld“ nicht mehr weitergereicht werden, ohne die eigene Machtbasis zu zerstören – erst recht nicht, wenn die lokalen Kader mit lokalen Unternehmen kollaborieren. Den Lokalkadern bleibt dann nur die Möglichkeit, sich „nach oben“ zumindest durch die „Beseitigung“ der Konflikte – mit welchen Mitteln auch immer – Kredit zu verschaffen. Dieses Verhalten ist aber im Grunde „verantwortungslos“ (Cai 2004a; Cai 2008a). Denn durch die Umkehrung des Schuldverhältnisses, durch die Abstempelung Protestierender als Feinde des Staates, werden die lokalen Konflikte im Gegensatz zu den Intentionen des Harmoniekonzeptes politisiert (Wu 2008).

Insofern muss das oben skizzierte Bild einer neuen Grenzziehung weiter spezifiziert werden (Abbildung 2): Erstens stellt die Zone zwischen der alten und der neuen Grenzlinie akzeptierter und nicht akzeptierter unkonventioneller Partizipation in der lokalen Praxis eher eine Grauzone dar (in Abbildung 2 grau schraffiert), denn letztlich entscheiden lokale Kader, wann die Grenze zwischen „unvermeidlicher“ unkonventioneller Partizipation und „regimefeindlichen“ Aktionen überschritten wird (Wu 2008: 77). Die Notwendigkeit, Machtstrukturen zu erhalten, und ihre Abhängigkeit von der Loyalität der ihr untergebenen Kader setzt der Zentralregierung Grenzen und hält sie davon ab, voreilig in lokale Konflikte zu intervenieren. Sie greift erst ein, wenn es gilt, die Legitimität des Regimes zu schützen, wenn z. B. die Zahl der

Beteiligten zu groß wird, die Zahl der Opfer steigt oder die Medien (vor allem ausländische) berichten (Cai 2008b). Und zweitens liegt die Toleranzschwelle der Zentralregierung dann nach wie vor sehr niedrig, wenn es sich um politische Proteste handelt oder wenn Proteste den lokalen Rahmen überschreiten. Entsprechend trennt hier die Grenze auch weiterhin die akzeptierten Petitionen von den nicht akzeptierten übrigen Formen unkonventioneller Partizipation.

Abbildung 2: Formen unkonventioneller Partizipation innerhalb und außerhalb des Systems

Unkonventionelle Partizipation ...	Appellierend	Demonstrativ			Konfrontativ			Gewalttätig			
... auf lokaler Ebene	Petition	Demonstration	Blockade öffentlicher Gebäude	Hungerstreik	Streik/Boycott	Straßenblockade/ Sit-in	Besetzung von Gebäuden	Sachbeschädigung	Gewaltaktion	Geiselnahme	Plünderung
... oberhalb der lokalen Ebene											

Quelle: Zusammenstellung des Verfassers.

3. Offen, geschlossen oder beides? Zur politischen Gelegenheitsstruktur in der VR China

Der konzeptionelle Ansatz in der Protestforschung, der die Interaktion staatlichen Handelns und kollektiver Aktionen einbezieht, ist das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen. In seiner Untersuchung von Protesten in US-amerikanischen Städten unterscheidet Eisinger (1973) zwischen offenen und geschlossenen politischen Institutionen und analysiert deren Wirkung auf die Protestmobilisierung. Dabei betrachtet er, obwohl er wie auch später Tarrow von „Interaktion“ spricht (Tarrow 1991; McAdam et al. 2001), die „Umweltbedingungen“ dennoch als unabhängige Variable, aus der sich die Art des Protestes oder der Gewalt ableiten lässt. Als Antwort auf die Frage, wann Protest entsteht, konstruiert er ein kurvilineares Modell mit der höchsten Wahrscheinlichkeit, wensowohl offene als auch geschlossene Faktoren vorliegen.

Obwohl die Interaktion zwischen Protesten und Umwelt erwähnt wurde, blieb lange Zeit ein eher eindimensionales Modell vorherrschend, wonach Aktionen zu- oder abnehmen, je nachdem, ob sich die Gelegenheiten (*opportunities*) – also die Wahrscheinlichkeit, dass ein Protest zum Erfolg führt – ausweiten oder eingeschränkt werden. Dieses Modell konnte allerdings nicht die vermeintliche Anomalie erklären, dass es z. T. auch bei verminderter Opportunität (und erhöhter Repression) zu einer Steigerung von Protestaktionen kommen kann. Dafür ha-

ben Goldstone und Tilly (2001) die „Bedrohung“ (*threat*), d. h. die Kosten für eine soziale Gruppe bei einer durchgeführten oder auch nicht durchgeführten Aktion, als eigenständigen Faktor in die Debatte eingebracht. Beide Faktoren zusammen, ihre Kombination, sind bedeutsam für die Entscheidung zu protestieren: Sie kann positiv ausfallen, auch wenn die zu erwartenden Kosten hoch sind, falls die Aussicht auf Erfolg ebenfalls hoch bewertet wird (und umgekehrt). Das heißt, entscheidend ist, ob von den Akteuren in der Bilanz beider Faktoren ein Nettogewinn (*net gain*) erwartet wird. Und diese „Rechnung“ kann vom Staat manipuliert werden, indem er durch eine Kombination von Konzessionen und Repression die von den Protestierenden erwarteten Gewinne minimiert und ihnen damit die Motivation nimmt.

Obwohl Goldstone und Tilly die Möglichkeiten staatlichen Handelns hervorheben, geht es auch ihnen vornehmlich um die Dynamik von Protestaktionen – ebenso wie McAdam et al. (2001), die die Entstehung einer Aktion als Funktion „einer interaktiven Sequenz unter Einbeziehung mindestens einer Gruppe staatlicher Akteure und einer rebellischen Gruppe“ sehen. Dabei kann, was im Rahmen dieser Untersuchung bedeutsam ist, eine Zentralregierung anders als lokale staatliche Akteure agieren (ebd.: 44-47). So kann z. B. auf lokaler Ebene die „gegebene Bedrohung“ verringert werden, während auf nationaler Ebene die „repressive Bedrohung“ vergrößert wird (Kousis 2005). Diese Unterscheidung zwischen „current threats“ (den zurzeit zu erwartenden oder bereits eingegangenen Nachteilen) und „repressive threats“ (den im Falle von Protesten künftig zu erwartenden Nachteilen) geht auf Goldstone und Tilly (2001: 185 f.) zurück, die damit auch die Möglichkeit für den Staat aufzeigen, die gegenwärtige Bedrohung durch Konzessionen abzuschwächen und für künftige Proteste eine härtere Reaktion anzudrohen. Im Falle Chinas ist dieses differenzierte Vorgehen in der Reaktion auf lokale und überlokale Proteste zu beobachten.

Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass dieses Modell auch auf autoritäre Regime anwendbar ist (Osa 2000; Almeida 2003). Laut Almeida ist in El Salvador in Phasen der Offenheit eine organisatorische Infrastruktur entstanden, die dann die Voraussetzung für Protestaktionen nach der Schließung des Systems war. In China öffnet sich das System auf lokaler Ebene zwar, aber die Bildung einer organisatorischen Infrastruktur wird vollständig verhindert. Die Öffnung hat somit eher das Ziel, Proteste zu verringern. Das absolute Fehlen von Möglichkeiten zum Ausdruck von Unzufriedenheit war es gerade in der ehemaligen DDR, das letztlich zur Unzufriedenheit mit dem System insgesamt führte, das sich selbst durch Nichtwählen (in manipulierten Wahlen) bedroht fühlte (Lohmann 1994).

Wenn, wie in allen genannten Beiträgen, die kollektiven Aktionen mit „Umstürzern“ gleichgesetzt werden, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Regime umso schwächer wird, je mehr die politischen Gelegenheitsstrukturen sich erweitern (Goldstone und Tilly 2001: 183). Proteste dienen der Öffentlichkeit aber zum Teil „nur“ als „Geräuschverstärker“ (Neidhardt, nach Kern 2008: 155). Der Staat kann in einem System mit verschiedenen administrativen Ebenen die Verantwortung nach unten verschieben und durch größere Toleranz gegenüber Aktionen, die das Regime nicht in Frage stellen, d. h. durch Liberalisierung, sogar zu einer Stärkung des Regimes

beitragen (Cai 2008b). Der Staat kombiniert dabei nicht nur Konzessionen und Repression immer wieder neu, sondern auch Wohlfahrt und Liberalisierung. Letztere kann einem autoritären Regime gerade in Zeiten der Krise – oder mit Blick auf China, wenn Wirtschaftswachstum sich (noch) nicht in hinreichenden Wohlfahrtsleistungen spiegelt – als Substitut für wirtschaftliche Zuwendungen dienen, um Unzufriedene zu kooptieren (Desai et al. 2007).

Für die Überprüfung der These, dass die zentrale Staats- und Parteiführung aktiv Legitimität generiert, indem sie mehr Formen unkonventioneller Partizipation toleriert als früher, können die im folgenden Abschnitt ausgewerteten Berichte über Protestaktionen in China Indizien liefern. Eines dieser Indizien, die aus der theoretischen Darstellung in den Abschnitten 2 und 3 abgeleitet wurden, kann dabei die Entwicklung der Proteste insgesamt sein. Daher soll zunächst geprüft werden, ob die größere Toleranz gegenüber Aktionen und die weitere Öffnung der politischen Institutionen dazu führt, dass die Protestaktivitäten zunehmen oder nachlassen (I-1). Umgekehrt ist die Erweiterung der Spielräume für unkonventionelle Partizipation dann möglich, wenn die Protestierenden das politische System nicht in Frage stellen und ihre Aktionen eher spontan und unorganisiert erfolgen (I-2). Ihre Funktion als „Geräuschverstärker“ zeigt sich auch daran, dass die Unzufriedenen verschiedene Formen der Partizipation, auch traditionelle, nutzen, um sich Gehör zu verschaffen, sich aber nicht mit Regimegegnern verbünden (I-3). Diese „unpolitischen“ Aktionen bleiben insofern auch auf die lokale Ebene beschränkt (I-4). Wenn die Proteste eskalieren, dann geschieht dies in der Regel erst infolge ihrer „unkorrekten“ Behandlung durch die lokalen Verantwortlichen (I-5). Die zentralen Behörden wiederum schreiten erst ein, wenn sie die von ihnen gesetzte Grenze überschritten und das politische System gefährdet sehen (I-6).

4. Protestanalyse

Die Prüfung der genannten Hypothesen erfolgt in drei – eher deskriptiven – Schritten. Zunächst wird ein Blick auf die quantitative Entwicklung der Proteste seit 1997 geworfen. Dann werden vorliegende Berichte über Proteste im Jahr 2006 (rein quantitativ) ausgewertet, um schließlich auf drei ausgewählte Fälle aus den Jahren 2005 und 2008 detaillierter (beschreibend) einzugehen. Für die systematische Erhebung wurde das Jahr 2006 gewählt, da es sich um das erste Jahr nach Vorstellung des neuen Konzeptes der harmonischen Gesellschaft durch den Parteivorsitzenden Hu Jintao handelt. Das Kalenderjahr wurde zur besseren Vergleichbarkeit mit den aggregierten statistischen Angaben gewählt und weil in weiteren Phasen des Projektes Vergleiche mit den folgenden Jahren angestrebt sind. Als Materialgrundlage dienen Berichte der BBC (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific).³ Auch diese sollen in weiteren Phasen des Projektes durch zusätzliche Quellen ergänzt werden, bieten aber zu-

³ BBC Monitoring ist eine Abteilung der British Broadcasting Corporation, die zusammen mit dem Open Source Center in den USA rund 3.000 Radio-, TV-, Presse-, Internetquellen und Nachrichtenagenturen aus 150 Ländern laufend auswertet und die Meldungen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

nächst den Vorteil der „Einheitlichkeit“, d. h., soweit den Berichten unterstellt werden kann, dass sie besonders Aktionen „außerhalb“ des Systems hervorheben (siehe unten), gilt dies für alle Berichte gleichermaßen. Für die eingehendere Analyse wurden drei Fälle ausgewählt, die internationale Aufmerksamkeit erregten und dabei als Vorboten einer Demokratisierung interpretiert wurden (wie die Ereignisse im Dorf Taishi Ende 2005), eine unerwartete Eruption angestauten Ärgers darstellten (wie in Weng'an im Juli 2008) und eine neue Herangehensweise an Proteste verdeutlichen (wie die Taxistreiks im November 2008).

Methodisch wird auf die Protestereignisanalyse rekurriert, die – ausgehend von Zeitungsberichten – erlaubt, zahlreiche Aspekte von Protesten zu quantifizieren (Häufigkeit, Zeitpunkt und Dauer, Ort, Forderungen, Größe, Ziele usw.), und sich in der Protestforschung fest etabliert hat (Koopmans und Rucht 2002). Diese Methode nimmt dabei durchaus verschiedene Arten von Selektivität zur Kenntnis: Erstens finden viele kollektive Aktionen keinen Eingang in die Medien, die überproportional von größeren Ereignissen berichten. Zweitens werden je nach Medium bestimmte Aspekte von Protesten unterschiedlich geschildert (oder auch verschwiegen) (ebd.). Speziell Medienkommentatoren scheinen Proteste eher als Herausforderung des politischen Regimes oder als Gefahr dafür darzustellen (Norris et al. 2005). Andererseits suchen Protestierende die Berichterstattung in Medien als Teil ihrer Erfolgsstrategie, um eine größere Öffentlichkeit und die Behörden selbst zu beeinflussen (Oliver und Myers o. J.).

Wenn dies schon in demokratischen Systemen gilt, so erst recht in autoritären. Die hier verwendeten Berichte stammen denn auch zum übergroßen Teil nicht aus China, sondern aus Hongkong. Die Meldungen weisen daher einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Protesten in der Provinz Guangdong auf, nicht wegen des erhöhten Protestgebarens der Guangdonger Bevölkerung, sondern aufgrund der Nähe zu den Hongkonger Medien.

Dennoch gibt es gute Gründe, die Hongkonger Medienberichte als Quelle über Proteste in China zu nutzen, nicht nur, weil sich in China wie in anderen autoritären Systemen Beschränkungen für Proteste ebenfalls auf die Berichterstattung erstrecken. Erstens verfügten Hongkonger Medien schon vor dem Ende der britischen Kolonialzeit 1997 über guten Zugang zu Informationen aus China. Zweitens können wir davon ausgehen, dass sie mit der Erfassung der größeren Proteste auch die wichtigen abdecken. Und drittens erhöht gerade die Voreingenommenheit der Medienberichterstattung für „oppositionelle“ Aktivitäten die Wahrscheinlichkeit, dass wir die Differenzierung zwischen Protesten „innerhalb“ und „außerhalb“ des Systems prüfen können, da wir davon ausgehen können, dass die Medien auch noch die kleinsten Anzeichen für politische Opposition gegen das Regime aufführen werden.

4.1. Proteste 1993-2008

Mit Protesten werden hier die in China so genannten „Vorfälle mit Massencharakter“ (*quntixing shijian*) bzw. „Vorfällen mit Massencharakter im Bereich der öffentlichen Sicherheit“ (*quntixing zhi'an shijian*) bezeichnet, die u. a. als „plötzlich ausbrechende Vorfälle im Sicher-

heitsbereich“ (*zhi'anxing tufa shijian*) auch zu den „schwerwiegenden plötzlich ausbrechenden Vorfällen“ (*zhongda tufa shijian*) gezählt und in letzter Zeit in China vermehrt beforscht werden (z. B. Zhu et al. 2009). Die chinesische Polizei spricht in ihren Berichten zur Lage von „Störungen der öffentlichen Ordnung“ (*raoluan gonggong zhixu*) und nennt vier Typen: „Schädigung öffentlicher Einrichtungen, Zusammenrottungen, Schlägereien und Unruhestiftung“. Tanner (2004: 138) spricht etwas konkreter „von friedvollen Beschwerden kleiner Gruppen und Sit-ins bis hin zu Aufmärschen und Versammlungen, Streiks von Arbeitern und Kaufleuten, studentischen Demonstrationen, ethnischen Unruhen und sogar bewaffneten Kämpfen und Aufruhr“. Richtlinien zur Meldung der Massenvorfälle nennen 30 Beteiligte als die untere Grenze (Chen 2004). Petitionsaktivitäten gelten in China als „kollektiv“, wenn sich fünf Petenten daran beteiligen. Im „praktischen“ Handeln dürften Behörden jedoch bereits bei weniger Beteiligten von kollektiven Aktionen ausgehen.

Offizielle Angaben des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zeigen einen stetigen Anstieg der so genannten Massenvorfälle von 8.700 im Jahr 1993 auf 87.000 im Jahr 2005 (Tabelle 1). Ab 2006 wurden keine Zahlen mehr vom Ministerium genannt; bekannt gegeben wurde lediglich, dass die Petitionen und die offenen Proteste abgenommen hätten (Guojia Xinfangju 2007). Auf der ersten Sitzung der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit im Jahr 2007 verkündete der stellvertretende Sicherheitsminister Liu Jinguo einen Rückgang um 16,5 % gegenüber dem Vorjahr – das ergäbe rund 72.600 Proteste für 2006 (Gong'anbu 2007b). Dieser Rückgang wurde auf die Verstärkung der Vermittlungsarbeit, die Verbesserung der Mechanismen in der Petitionsarbeit, die rechtzeitige Lösung von Widersprüchen und die recht gemäßigte Behandlung großer Massenvorfälle zurückgeführt (o. A. 2007).

Tabelle 1: Massenvorfälle 1993-2008

1993	1995	1997	1998	1999	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
8.700	11.500	15.000	24.500	32.500	40.000	50.400	58.000	74.000	87.000	72.600	67.276-90.000	90.000

Quellen: Monteleone 2006; Gong'anbu 2007b; v. A. 2008; Tian 2008; Lam 2009b.

Bei aller Unsicherheit über die tatsächliche Entwicklung der Proteste scheinen diese Zahlen darauf hinzudeuten, dass die Protestaktionen seit 2005 trotz erweiterter Gelegenheiten nicht im gleichen Maße zugenommen haben wie in den Jahren zuvor. Für 2007 findet sich in der Zeitschrift *Liaowang* die Angabe von 90.000 Aktionen und für 2008 sollen interne Parteidokumente von der gleichen Größenordnung wie 2005 sprechen (v. A. 2008: 28; Lam 2009b). In *Dongxiang*, einer der gewöhnlich gut unterrichteten Hongkonger Zeitschriften, wird die Zahl der Demonstrationen und Massenversammlungen (nicht der „Massenvorfälle“ insgesamt) für 2007 unter Berufung auf inländische Quellen nur mit 67.276 angegeben (Tian 2008).

Dennoch bleiben erhebliche Zweifel an einem Rückgang dieses Ausmaßes (siehe Schucher 2007: Anhang 1), zumal Hongkonger Quellen zum Teil auch weit höhere Zahlen nennen (Tian

2007). Als ein möglicher Grund für die Abnahme lässt sich nicht ausschließen, dass lokale Kader geringere Zahlen nach oben melden, um sich positiver im Lichte des Konzeptes der „harmonischen Gesellschaft“ präsentieren zu können. Dies könnte indirekt als Hinweis darauf gelten, dass die Zentralregierung Konzessionen bevorzugt und Repressionen eher ablehnt.

4.2. Proteste 2006

Für das Jahr 2006 berichtet die BBC von 78 Protesten mit insgesamt etwa 100.000 bis 150.000 Beteiligten (nicht immer werden klare Angaben gemacht), wobei es sich in einem Fall um mehrere miteinander verbundene Einzelproteste handelt (eine Serie von Hungerstreiks, verbunden mit Unterschriftensammlungen, siehe Willmann 2006b). Die meisten Aktionen (34) hatten zwischen 31 und 1.000 Teilnehmer, 14 waren kleiner und 25 größer, davon hatten neun über 5.000 Teilnehmer.

51 der Proteste fanden in Städten statt, 27 auf dem Lande und einer im Internet. Dies entspricht nicht der insgesamt gemeldeten Verteilung, wonach rund die Hälfte der Proteste von Bauern ausgehen (Schucher 2006, 2007). Auseinandersetzungen um Landfragen bildeten allerdings mit ebenfalls 27 Fällen bei Weitem die häufigste Ursache, und Bauern oder Dorfbewohner waren an 28 Protesten beteiligt. In Übereinstimmung mit der oben vermuteten regionalen Nähe Hongkonger Medien zum Südosten Chinas fanden mit 34 knapp die Hälfte der Proteste in den Provinzen Guangdong und Fujian statt.

Wenn, wie McCarthy et al. (1996) festgestellt haben, die Berichterstattung wesentlich von der Größe von Demonstrationen und ihrer Bedeutung für den gegenwärtigen „attention cycle“ eines Mediums abhängt, dann dürfte sich daraus bei Hongkonger Medien sicherlich eine besondere Aufmerksamkeit für Aktionen ableiten lassen, die systemfeindlich sind oder als solche interpretiert werden. Dennoch werden nur für neun Aktionen eindeutig politische Forderungen der Protestierenden genannt. Dabei handelt es sich in drei Fällen um Aktivitäten so genannter Rechtsaktivisten, einmal um eine nicht näher beschriebene Demonstration bei Beginn des Nationalen Volkskongresses, dann um einen offenen Brief im Internet gegen Internetzensur und schließlich in zwei Fällen um antijapanische Proteste. In allen anderen Fällen werden konkrete oder auch komplexere, aber immer auf konkrete Interessen bezogene Gründe genannt (Landnahmen, Firmenschließungen, Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Bildung, Umwelt, Wahlen). Nach den Landnahmen am häufigsten wird dabei staatlicher Machtmissbrauch angeführt (Misshandlungen durch die Polizei, Verschleierung von Übergriffen oder Korruption), was ein bezeichnendes Licht auf die Rolle lokaler Behörden wirft – und eventuell auch kennzeichnend für die Berichterstattung ist.

Von der Beteiligung von Aktivisten an oder der Organisation von nichtpolitischen Protesten ist nur in sieben Fällen die Rede, davon betreffen vier Landnutzung und Umsiedlungsfragen; in zwei Fällen geht es um Interessen spezifischer Gruppen (Hundebesitzer, Motorradfahrer) und in einem Fall zielt die Aktion auf die Freilassung Verhafteter. Dabei geht es

auch in vier der sieben Fälle, die als Folgeprotest zu kennzeichnen sind; die anderen drei sind politische Proteste. Neben dem erwähnten Hungerstreik ließen sich sieben Fälle eventuell als „Protestbewegung“ beschreiben, auf jeden Fall haben sie eine langjährige Vorgeschichte: Fünf davon betreffen Landfragen, bei einem geht es um Investoren, die ihre Rechte nicht wahrgenommen sehen, und in einem Fall um Pensionäre, deren Ansprüche aufgrund 50 Jahre zurückliegender Umsiedlung beeinträchtigt sind.

Die Proteste richten sich zum allergrößten Teil an Verantwortliche auf der lokalen Ebene, an die Lokalregierung selbst (37 Fälle), an ein Unternehmen oder andere Institutionen (21) oder direkt gegen Einrichtungen der Sicherheitsorgane (6). Nur in wenigen Fällen ist die Provinzregierung (5) oder gar die Zentralregierung (7) Ziel der Aktionen. An Aktionsformen wird die gesamte Palette von appellierenden bis hin zu gewalttätigen genutzt. Quantitativ überwiegen dabei demonstrative Aktionen (58-mal)⁴ vor konfrontativen (42) und gewalttätigen (38). Appellierende Formen wurden 30-mal eingesetzt, allein in 15 Fällen werden Petitionen auf lokaler Ebene und in acht Fällen in Beijing erwähnt, eine Klage vor Gericht dagegen nur ein Mal. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Medien häufig erst aufmerksam werden, wenn es zumindest zu demonstrativen Handlungen kommt, dass diese aber auch die Reaktion auf nicht erfolgreiches appellierendes Handeln sind. In 20 Fällen wird berichtet, dass es zur Eskalation, zu konfrontativen oder gar gewalttätigen Aktionen kam, weil die Verantwortlichen nicht reagierten.

Eine überwiegende Verantwortung der lokalen Behörden für die Eskalation lässt sich allerdings nicht nachweisen. Nur in acht Fällen griffen Protestierende zu konfrontativen oder gewaltsamen Maßnahmen nach Aktionen der Sicherheitskräfte, die – soweit verzeichnet – in einem Fall schon nach dem Appell einschritten, in 13 Fällen nach Demonstrationen, in sechs Fällen nach Konfrontationen und in 13 Fällen nach Gewaltakten. Als Reaktion auf die Proteste herrscht dennoch die Repression (Festnahmen, gewaltsame Unterdrückung) vor, wobei es in drei Fällen auch Tote gegeben haben soll. Für die zwölf Fälle, in denen keine Reaktion geschildert wird und von Toleranz oder Indifferenz der Behörden ausgegangen werden könnte, lässt sich kein Muster erkennen.

In acht Fällen kommt es erst durch die „Einmischung“ quasi Unbeteiligter zu Protesten oder deren Eskalation. Dabei handelt es sich zweimal um Streitigkeiten an Universitäten um die Gültigkeit von Zertifikaten, die einmal auch andere Studenten auf den Plan rufen und einmal von Bewohnern zu Plünderungen genutzt werden. In den anderen sechs Fällen könnte man von Behördenwillkür sprechen, zweimal gegenüber Migranten, die andere Migranten zum Protest anstacheln. Viermal geht es um Todesfälle, bei denen Schüler (nach dem Tod einer Lehrerin bzw. eines Schülers) oder Bewohner den Behörden Versagen oder Vertuschung vorwerfen.

Provinzverantwortliche oder die Zentralregierung sind nur in den wenigsten Fällen eingeschritten: Erstere in fünf, Letztere in sechs Fällen. Die Provinzregierung vermittelte in einem Protest, in dem sich über 20.000 Stadtbewohner gegen Amtsmissbrauch der Regierung (und

⁴ In einer Aktion können verschiedene Formen zum Einsatz kommen.

deren Zusammenarbeit mit Triaden) wehrten, und im Falle von Studentenprotesten gegen abgewertete Zertifikate, die sich auf 10.000 praktisch Unbeteiligte ausweiteten. Außerdem griff sie in einem Landstreit ein, der sich schon zwölf Jahre hinzog und sieben Dörfer umfasste, vermittelte den Verantwortlichen die politische Linie und veranlasste die Entlassung zweier Parteisekretäre und die Verhaftung eines weiteren. Ein anderer Fall, in dem die Zentralregierung schließlich untersuchend eingriff, betraf Clankämpfe, die u. a. zur Geiselnahme örtlicher Kader geführt hatten.

Die Zentralregierung intervenierte darüber hinaus in zwei Fällen, in denen sich Investoren betrogen fühlten; die Demonstrationen wurden zwar von nur relativ wenigen durchgeführt, aber betroffen waren weit mehr, in einem Fall über 10.000. Außerdem unterdrückte sie den Aufruhr einer nationalen Minderheit und untersuchte einen Fall missbräuchlicher Familienpolitik, der sich seit 2005 hinzog und der von einem Rechtsaktivisten enthüllt worden war. Gegen dessen Hausarrest und die Festnahme eines weiteren Aktivisten hatten die Dorfbewohner protestiert. Und schließlich traf sich im Fall des bereits erwähnten Universitätsprotestes, den Anwohner zu Plünderungen nutzten, der Minister für öffentliche Sicherheit mit Bildungsverantwortlichen der Provinz, um für ähnliche Fälle von Streitigkeiten um Zertifikate eine Lösung zu finden.

Trotz der nur geringen Zahl der gemeldeten Interventionen kann der vorsichtige Schluss gezogen werden, dass höhere Ebenen vor allem dann eingreifen, wenn tatsächlich oder potenziell eine größere Zahl Betroffener protestiert, wenn die Fälle durch die Beteiligung von Rechtsaktivisten eine politische Komponente bekommen oder wenn es sich um Proteste handelt, die neben sozialen auch Clan- oder ethnische Aspekte haben.

Relativ erstaunlich ist die Intervention in den beiden universitären Fällen, wenn auch in einem mit 10.000 Studenten eine größere Zahl protestierte. Ein Grund könnte sein, dass es sich bei der Frage der Zertifikate um ein Problem von landesweiter Bedeutung handelt, ein anderer die gesteigerte Sensibilität gegenüber Studentenprotesten (auch noch 17 Jahre nach der Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tian'anmen-Platz). Außerdem zeigen einige Angaben zu den acht im Jahr 2006 gemeldeten Aktionen von Studenten, dass diese leicht eskalieren (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Studentische Protestaktionen 2006 (insgesamt acht)

Beteiligung Außenstehender	Anzahl der Teilnehmer (inkl. „Unbeteiligter“)	Demonstrativ	Konfrontativ	Gewalttätig	Eskalation ohne sichtbaren Grund oder wegen fehlender Reaktion der Verantwortlichen
5 Fälle	2 Fälle: 100-200 1 Fall: 2.000 1 Fall: >5.000 3 Fälle: 10.000	8 Fälle	8 Fälle	6 Fälle	5 Fälle

Quelle: Zusammenstellung des Verfassers.

4.3. Die „Taishi-Bewegung“

Von Ende Juli bis Oktober 2005 kam es im Dorf Taishi in der südchinesischen Provinz Guangdong zu Auseinandersetzungen, die internationale Aufmerksamkeit erregten und unter dem Begriff „Taishi-Bewegung“ auch als Teil einer antiautokratischen Bewegung interpretiert wurden. Allein in den drei Hongkonger Zeitungen *South China Morning Post*, *Sunday Morning Post* und *Ming Pao* erschienen zwischen dem 21. August 2005 und dem 4. Oktober 2006 mehr als 30 Artikel (laut BBC PF, siehe auch die Berichte von Holbig 2005; Willmann 2006a; Willmann 2006b; Willmann 2006c), aber auch in inländischen Medien wurde bis Mitte September berichtet (Heyd 2005).

Ausgangspunkt des Konfliktes war der Vorwurf von Bewohnern, der Dorfvorsteher habe im Zusammenhang mit der Vergabe von Landnutzungsrechten Geld veruntreut, und ihre Forderung nach seinem Rücktritt. Dafür stellten sie einerseits mit der rechtlich notwendigen Zahl an Unterstützern einen Antrag bei der Bezirksregierung (und richteten später eine Petition an die Regierung der übergeordneten Kreisstadt Yuwotou). Zugleich organisierten sie eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung der kommunalen Rechnungsbücher, die als Beweismittel galten. Als Reaktionen ausblieben, verliehen einige Bauern der Forderung durch einen Hungerstreik Nachdruck.

Die Situation eskalierte, als die Dorfgemeinschaft nicht nur den Rücktritt verweigerte, sondern stattdessen bewaffnete Sicherheitskräfte entsandte, dann auch den belagerten Regierungssitz stürmen und später die Bücher vernichten ließ. Die Polizei wandte Gewalt gegen vermutliche Rädelsführer an und verhaftete einige von ihnen. Außerdem wurde das Dorf gegenüber der Außenwelt abgeriegelt. Als die Dorfbewohner dann das Wahlkomitee für die kommende Wahl des Dorfvorstehers mit eigenen Vertretern besetzten, reagierten Dorf- und Bezirksverantwortliche mit Einschüchterung und erreichten, dass nicht nur die Vertreter der Bewohner zurücktraten, sondern auch der Absetzungsantrag zurückgezogen wurde. Im März 2006 versuchten die Dorfbewohner erneut, auf legalem Wege einen eigenen Kandidaten zum lokalen Volkskongressdelegierten zu wählen, scheiterten aber – wofür sie eine Manipulation der Wahl verantwortlich machten.

Auffällig ist, dass die Dorfbewohner mit keiner ihrer Forderungen das politische System kritisierten. Ein Banner mit der Aufschrift „We want democracy. We want justice. We want the rule of law. We are the masters of this country. We have the right to decide our own destiny“ scheint dieser Aussage zu widersprechen, dürfte sich aber angesichts der tatsächlichen Handlungen vornehmlich auf die vorhandenen lokalen demokratischen Möglichkeiten bezogen haben. Als sich abzeichnete, dass Dorf- und Bezirkskader kooperierten, richtete sich die Hoffnung auf die Provinzebene und auf Beijing („We will go to Beijing. We will get there even if we have to walk“). Die Gewalt ging von den verantwortlichen Kadern aus, die den Aktionen unterstellten, „von Aktivisten mit anderweitigen Motiven“ gesteuert zu sein, und auch in Verhören Verhafteter wissen wollten, wer die Aktionen geplant und organisiert hätte. Zum Teil widersprüchliches Verhalten wie etwa Zugeständnisse unmittelbar gefolgt von

Repressionen könnten auf Meinungsverschiedenheiten in den Regierungen hindeuten oder Täuschungsmanöver gewesen sein.

Dieses einfache Bild wird dadurch komplizierter, dass sich (wohl von Ende August an) Rechtsaktivisten und später auch ausländische Journalisten für den Fall interessierten und als Berater der Dorfbewohner oder auch mit eigener Agenda eingriffen (siehe auch Hu 2005b; Guo 2006). Schon Anfang September organisierten sie eine Online-Petition an die Zentralregierung. Ihnen gegenüber reagierten die Sicherheitsbehörden mit besonderer Gewalt (Drohungen, Schläge, Angriffe auf Fahrzeuge, Verhaftungen), woraus sich eine besondere Dynamik entwickelte, die später dann bis in das Jahr 2006 hinein zu gezielten Aktionen gegen das „autokratische Regime“ führte, u. a. vor dem Regierungssitz Zhongnanhai als dessen symbolischem Ort, oder auch zu einem nationalen Hungerstreik von Aktivisten, wobei Repressionen stets neue Aktionen in Gang setzten. Ausländische Beobachter nahmen darauf Bezug, wenn sie von „Taishi-Aktivisten“ und sogar einer „Taishi-Bewegung“ sprachen, ebenso wie der ehemalige Bürgermeister von Guangzhou, Chen Kaizhi, der anlässlich der Politischen Konsultativkonferenz im März 2006 davon sprach, dass die Unruhen in Taishi das Werk „ausländischer Mächte“ gewesen seien, um eine „colour revolution“ in China zu starten. Mit den ursprünglichen Protesten hatten diese Aktionen allerdings nur noch bedingt zu tun.

Laut den verfügbaren Quellen griffen Provinz- und Zentralregierungen bis zum Ende nicht offen ein, nur im Falle der Rechtsaktivisten wurden die nationalen Sicherheitsorgane tätig. Allerdings gab es im März 2006, nachdem es auch in anderen Dörfern Guangdongs zu Unruhen und in Shanwei sogar zu Todesfällen gekommen war, Gerüchte, der Provinzpartei sekretär habe sich in Beijing rechtfertigen müssen. Die Häufung der Proteste soll dann schließlich Partei- und Regierungsvertreter von der Provinz- bis zur zentralen Ebene dazu veranlasst haben, die Gründe für die steigende Zahl von Bauernprotesten offen anzusprechen. Hu Jintao nutzte im Februar 2006 eine Inspektionsreise nach Fujian, um lokale Kader auf ihre Verantwortung hinzuweisen: Die Vorfälle in Taishi und Shanwei seien nur die Spitze des Eisbergs sozialer Unruhe gewesen.

4.4. Aufruhr in Weng'an

Der Aufruhr in der Gemeinde Weng'an in der südwestchinesischen Provinz Guizhou im Juni 2008, in dessen Verlauf Protestierende Regierungsgebäude belagerten und in Brand setzten sowie Polizeifahrzeuge zerstörten, ist in chinesischen und ausländischen Medien in vielen Berichten behandelt und von Fewsmith hervorragend zusammengefasst und analysiert worden (Fewsmith 2008; v. A. 2008). Er stellt auch die sozialen Hintergründe einer Eskalation dar, die nach dem Tod eines Mädchens und der Misshandlung ihres Aufklärung verlangenden Onkels durch unidentifizierte Personen mindestens 10.000, eventuell auch 30.000 Bewohner zu Gewaltausbrüchen verleitete und die Fewsmith deshalb anknüpfend an Yu Jianrong als Protest „zum Dampf ablassen“ (*anger-venting*) charakterisiert: Wo die Polizei mit

Gangstern zusammenarbeitet und daher örtliche Behörden sehr frühzeitig mit Gewalt auf Unzufriedenheit reagieren, hören die Menschen auf, das Verhalten individueller Beamter von dem der lokalen Regierung insgesamt zu unterscheiden und „betrachten das gesamte Regime an der Basis als ‚Feind‘“ (Yu Jianrong, nach Fewsmith 2008: 4).

Die rasche Eskalation der Ereignisse veranlasste die Zentralregierung einzugreifen. Diese scheint außerdem angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele die Entscheidung getroffen zu haben, den Fall nicht isoliert, sondern als Beispiel für eine drohende neue Kategorie von Krisenfällen zu sehen. Disziplinarische Maßnahmen sollten daher nicht nur das Problem in Weng’an lösen helfen, sondern auch Warnung sein für Kader in ähnlichen Problemgebieten. Außerdem wurden die lokalen Kader in verschiedenen Reden zentraler Autoritäten und mit neuen Regeln noch stärker auf ihre Verantwortung für die friedliche Regelung von Konflikten und auf die Beschwerderechte der Bürger hingewiesen (Wu 2008; Lam 2008).

4.5. Taxistreiks

Im November berichteten chinesische und internationale Medien ausführlich über Taxistreiks in verschiedenen chinesischen Städten.⁵ Ausgangspunkt war ein dreitägiger Streik von mehr als 8.000 Taxifahrern in Chinas viertgrößter Stadt Chongqing. Es folgten – mit bis zu über 300 Beteiligten stets kleinere – Streiks in Sanya auf Hainan, Yongdeng/Provinz Gansu, Dali/Yunnan, Guangzhou, Chaozhou und Shantou (alle in Guangdong) sowie Suizhou in Hubei. Damit stellen diese Streiks die wahrscheinlich größte überregionale Protestwelle seit Gründung der VR China dar.

Die Forderungen der Taxifahrer waren eindeutig ökonomischer Natur und keiner der Berichte versuchte einen Bezug zu politischen Fragen herzustellen. Die Einkommen der Fahrer waren im vergangenen Jahr um zum Teil 30 % gesunken und sie klagten konkret über steigende Treibstoffkosten, höhere oder nicht gesenkte Gebühren, die weitere bedingungslose Vergabe von Lizenzen und vor allem die Konkurrenz nichtlizenzierter Fahrzeuge. Zum Teil kam es zur Ausübung von Gewalt (Zerstörung von Fahrzeugen, Belagerung von Regierungsgebäuden), was zumindest in Sanya und Chaozhou zu Verhaftungen führte, die dann in Sanya noch weitere Proteste anheizten.

Bemerkenswert sind die Streiks aus zwei Gründen: Erstens griffen hohe politische Autoritäten meist sehr früh ein und führten Gespräche mit den Fahrern und zweitens wurde in chinesischen staatlichen Medien ausführlich berichtet. Den Anfang machte der Parteisekretär Chongqings, Bo Xilai, der auch Mitglied im 25-köpfigen Politbüro ist. Sein Gespräch mit den Fahrern wurde live im Fernsehen übertragen und über das Internet verbreitet. Die Gründe dafür wurden nicht genannt. Manche Medien wiesen auf Bos bekannte Medienaffinität hin; wahrscheinlicher scheint aber, dass die politische Führung früh eingriff, weil es erstens be-

⁵ Hier nach Straits Times 7., 12., 25.11.2008; China Daily, 12., 25.11.2008; Xinhua 11.-29.11., nach BBC PF, 12.-20.11.2008; SCMP 17.11.2008; IHT, 18.11.2008; Time online, 28.11.2008; Bandurski 2008.

reits vor den Olympischen Spielen verschiedene große imageschädigende Proteste gegeben hatte, zweitens der Skandal um mit Melamin vergiftete Milch auch das politische Zentrum mit betroffen hatte und drittens angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise mit weiteren Protesten und einem Übergreifen auf andere Städte zu rechnen war. Insofern gab Bo ein Beispiel für zentral legitimierte Deeskalation, das im Folgenden von den leitenden Kadern der anderen bestreikten Städte aufgegriffen wurde. In Beijing und Shenyang wurde vorsorglich gegen illegale Taxen vorgegangen.

Dass in den staatlichen Medien frühzeitig und offen über die Streiks informiert wurde, wird auf eine neue Medienpolitik zurückgeführt, die Hu Jintao schon 2007 und erneut im Juni 2008 forderte (FAZ, 23.1.2008; Time online, 4.7.2008). Dadurch sollen die staatlichen Medien, wohl auch angesichts der „Konkurrenz“ des Internet, volksnäher und glaubwürdiger wirken, vor allem aber durch „guided coverage“ Agenda-setting betreiben. Damit einher geht zum Teil die strengere Kontrolle freier Berichterstattung in den lokalen Medien,⁶ eine Strategie, die das *China Media Project* in Hongkong „Control 2.0“ nennt (Bandurski 2008). Sie kann sich allerdings für die Regierung auch nachteilig auswirken, da durch die Berichte Proteste auch legitimiert werden und damit zur Nachahmung anregen können.

Auffällig bei den Taxistreiks war weiterhin, dass das Vokabular konkretisiert wurde – statt von „Massenvorfällen“ war von „Transportstreiks“ (*bayun*) die Rede –, dass die tiefer liegenden strukturellen Ursachen in der Organisation des Taxigewerbes betont wurden und dass auf institutionelle Wege hingewiesen wurde, um Konflikte zu vermeiden, indem der chinesische Gewerkschaftsverband besondere Zweigorganisationen für Taxifahrer gründen solle, um deren Interessen vertreten zu können.

4.6. Zusammenfassung

Die verfügbaren Angaben über die quantitative Entwicklung von Protesten in China seit den 1990er-Jahren zeigen, dass sich trotz größerer Toleranz gegenüber unkonventionellen Partizipationsformen unter der Staats- und Parteiführung von Hu Jintao und Wen Jiabao diese zumindest nicht mehr so stark ausgeweitet haben wie in den Vorjahren. Diese Anomalie im Vergleich mit anderen autoritären Staaten, in denen sich in der Regel die Proteste mit gesteigerter Opportunität vermehrten (siehe z. B. Kern 2005), ist ein Indiz für die Richtigkeit der Vermutung, dass in einem Mehrebenensystem wie China die Zentralregierung über Spielräume verfügt, um Legitimität zu generieren (I-1).

Die Auswertung der 78 Protestberichte für das Jahr 2006 und dreier ausgewählter Protestverläufe aus den Jahren 2005 und 2008 hat darüber hinaus die Indizien bestätigt, die für die These der größeren Toleranz gegenüber Protesten und deren Lokalisierung sprechen:

⁶ Dies galt z. B. auch für die relativ freie Berichterstattung über das Erdbeben in Sichuan, die stark eingeschränkt wurde, als Berichte über die Verfehlungen der Behörden beim Bau der (dementsprechend häufig eingestürzten) so genannten „*doufu*“-Schulen (da weich wie „Bohnenquark“) zunahmen (z. B. FT, 2.6.2008).

- Die meisten Aktionen waren „unpolitisch“ und richteten sich mit konkreten Forderungen an konkrete lokale Verantwortliche; auch waren sie in der Regel unorganisiert und spontan (I-2 und I-4). Nur die politischen Aktivisten, die von vornherein eine Reform oder Änderung des politischen Systems anstreben, haben in Protestaktionen entsprechende politische Forderungen aufgestellt. Das bisweilen wie in Taishi erfolgte Eingreifen von Rechtsaktivisten und die Berichterstattung in der internationalen Presse ermöglichte es den Lokalkadern allerdings, diese Vorgänge zu politisieren (Wu 2008: 76).
- Die Unzufriedenen griffen dann zu unkonventionellen Formen des Protestes, wenn traditionelle tatsächlich oder antizipiert keinen Erfolg versprachen; d. h., auch hier bewegten sie sich vornehmlich „innerhalb des Systems“ (I-3).
- Den Berichten zufolge reagierten die lokalen Verantwortlichen meist nicht auf die Entstehung der Proteste, was dann zu deren Eskalation führte. Repressives Verhalten, das letztlich mehrheitlich zur Beendigung der Proteste eingesetzt wurde, kann damit nicht generell als Grund für eine Eskalation angesehen werden, aber auch wenn eine Reaktion ausbleibt, ist dies im Sinne der Regierungsvorgaben eine „unrichtige“ Behandlung der Proteste (I-5).
- Dass die Zentralregierung (größere) Toleranz gegenüber Protesten übt, die die neu gesetzte Grenze nicht überschreiten, wird indirekt daran deutlich, dass sie nur in bestimmten Fällen eingriff, wenn sie diese aufgrund ihres Ausmaßes (Taxistreiks) oder der Sensibilität der Fälle (Bildungsbereich, Clan- und ethnische Fragen) für gefährlich hielt. Dabei scheint ihr Empfinden für „Gefahr“ in gewissen Situationen, wie vor der Olympiade oder angesichts der Wirtschaftskrise, allerdings größer gewesen zu sein (I-6).

5. Schluss

Wie anhand zweier Strategien, mit Protesten umzugehen, gezeigt wurde, ist das autoritäre Regime in der Volksrepublik China aktiv bemüht, Legitimität zu generieren. Einerseits soll die begrenzte Akzeptanz von Formen unkonventioneller Partizipation die Ausdrucksmöglichkeiten von (im Zuge der Wirtschaftsentwicklung unvermeidlicher) Unzufriedenheit erweitern, andererseits sollen die lokale Eingrenzung der Proteste und die Lokalisierung von Verantwortung für deren Lösung nicht nur das politische Regime „aus der Schusslinie“ nehmen, sondern im Bedarfsfall auch ermöglichen, die Schuld für soziale Fehlentwicklungen abzuwälzen.

Die mit diesen Strategien verbundenen Funktionen sind vielfältig: Dampf ablassen und Beruhigung, Probleme deutlich machen, Informationen über lokale Verhältnisse generieren, den Druck auf Lokalkader erhöhen, ihre Fähigkeit zu regieren (und die Probleme zu lösen) zu verbessern, usw. Dies brachte z. B. Zhou Yongkang, Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros und früherer Minister für innere Sicherheit, im Zusammenhang mit dem Taxistreik und Protesten entlassener Arbeiter zum Ausdruck: Die Bevölkerung müsse mehr Möglichkeiten haben, ihre Ansichten und Beschwerden zu äußern, nur so könnten potenzielle Störungen

der öffentlichen Ordnung bereits im Ansatz verhindert werden. Auch die Polizei müsse alles vermeiden, was Konflikte verschärfen könnte. Die öffentliche Ordnung dürfe nicht auf Kosten der legitimen Rechte und Interessen der Menschen aufrechterhalten werden (CD 2008).

Die Unzufriedenen sollen dem Regime nicht entfremdet werden; sie sollen die Schuld eher bei einzelnen illoyalen und korrupten Kadern als beim System selbst suchen. Außerdem sollen sie ihren Ärger nicht so lange aufstauen, bis es zu eruptiven Gewaltaktionen – den „anger-venting riots“ – kommt. Diese beiden „nichtinstitutionalisierten“ Extreme, schweigendes Erdulden oder die Eskalation illegaler Aktionen, scheinen nämlich für viele Chinesen trotz verbesserter Formen institutionalisierter Konfliktaustragung auch weiterhin die bevorzugten Handlungsmöglichkeiten zu sein (Cai 2008c).

Indem politische Gelegenheitsstrukturen partiell und lokal begrenzt geöffnet werden, soll sowohl verhindert werden, dass Proteste zunehmen, als auch besonders, dass sie politisiert werden und auf die nationale Ebene übergreifen. Durch Liberalisierung will sich das Regime Luft verschaffen, um zu gegebener Zeit die beklagten Wohlfahrtsmängel zu beseitigen. Allein unkonventionelle Partizipation zu kanalisieren, reicht allerdings in den Augen der Führung nicht aus.

Verbote und Repressionen bleiben daher auch weiterhin ein komplementäres Mittel und es ist keineswegs entschieden, dass diese und andere Formen unter bestimmten Bedingungen nicht auch für die Zentralregierung wieder zum bevorzugten Instrument der Herrschaftssicherung werden. Ohnehin zeigen die Unterdrückung jeglicher Form von „alternativer“ Organisation oder auch nur das Verbot, Petitionen mehrfach vorzubringen, dass auf jeden Fall *Protestbewegungen* verhindert werden sollen. Dass die Sicherheitsorgane ausgebaut sowie auf den Erhalt der sozialen und politischen Stabilität eingeschworen werden, dass die Überwachung der Öffentlichkeit ausgeweitet wurde – bereits im Vorfeld der Olympischen Spiele und wiederum angesichts steigender Arbeitslosigkeit als Folge der globalen Finanzkrise (Lam 2009a) – oder auch dass die Justiz im Interesse des Erhalts sozialer Stabilität stärker an die Partei angebunden wird (Kellog 2009), dies alles belegt zusätzlich, dass sich das Regime nicht darauf verlässt, dass seine Liberalisierungsstrategien erfolgreich sind.

Literatur

- Almeida, Paul D. (2003). „Opportunity Organizations and Threat-Induced Contention: Protest Waves in Authoritarian Settings“, in: *American Journal of Sociology*, 109 (2) (September), S. 345-400.
- Balzer, Harley (2004). „State and Society in Transitions from Communism. China in Comparative Perspective“, in: *State and Society in 21st-century China. Crisis, Contention, and Legitimation*, hrsg. v. Peter Hays Gries und Stanley Rosen. London und New York: RoutledgeCurzon, S. 235-256.
- Bandurski, David (2008). *Taxi Strikes in China Highlight Changing Press Controls*. China Media Project, <http://cmp.hku.hk/2008/11712/1344/> (Aufruf: 14.1.2009).
- Baum, Richard (2007). „The Limits of Authoritarian Resilience“. Paper presented at the Conference „CERI Debate“, 17.1., hrsg. v. CERI, www.ceri-sciencespo.com/archive/jan07/art_rb.pdf (Aufruf: 1.2.2007).
- (2004). *Systemic Stresses and Political Choices: China's Road to „Soft Authoritarian“ Reform*. Center for Chinese Studies UCLA, also published in: *Twenty-First Century Review* 83, (Januar), S. 4-10.
- BBC PF/EF: BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File/Economic File
- Cai, Yongshun (2008a). „Local Governments and the Suppression of Popular Resistance in China“, in: *The China Quarterly*, (193) (März), S. 24-42.
- (2008b). „Power Structure and Regime Resilience: Contentious Politics in China“, in: *British Journal of Political Science*, (38), S. 411-432.
- (2008c). „Social Conflicts and Modes of Action in China“, in: *The China Journal*, (59) (Januar), S. 89-109.
- (2004a). „Irresponsible State: Local Cadres and Image-Building in China“, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 20 (4) (Dezember), S. 20-41.
- (2004b). „Managed Participation in China“, in: *Political Science Quarterly*, 119 (3), S. 425-451.
- (2002). „The Resistance of Chinese Laid-off Workers in the Reform Period“, in: *The China Quarterly*, (170) (Juni), S. 327-344.
- CCP (2006). „The Resolution of the of the CCP Central Committee on Major Issues Concerning the Building of a Socialist Harmonious Society – Adopted at the Sixth Plenum of the 16th CCP Central Committee on 11 October 2006“, Xinhua, 18.10., nach BBC PF, 28.10.
- CD (2008). „Public must be allowed to ‚air grievances‘“, in: *China Daily*, 26.11.
- Chase, Michael S., and James C. Mulvenon (2002). *You've Got Dissent! Chinese Dissident Use of the Internet and Beijing's Counter-Strategies*. Santa Monica, CA: Rand Corporation. 132 S.
- Chen, Yiyuan (2004). „Wuyue youxing shiwei po baiwushiwan renci [Über 1,5 Millionen Teilnehmer an Demonstrationen im Mai]“, in: *Dongxiang*, (4), 12-13.

- Cheng, Li (2006). „Think National, Blame Local: Central-Provincial Dynamics in the Hu Era“, in: *China Leadership Monitor* (17), S. 1-24, http://media.hoover.org/documents/clm17_lc.pdf (Aufruf: 25.8.2006).
- Dalpino, Catharin E. (2000). *Deferring Democracy. Promoting Openness in Authoritarian Regimes*. Washington, DC: Brookings Institution Press. 152 S.
- Desai, Raj M., et al. (2007). *The Logic of Authoritarian Bargains. A Test of a Structural Model*, Global Economy and Development Working Paper, 3 (Januar), The Brookings Institution, Washington, DC. 36 S.
- Eisinger, Peter K. (1973). „The Conditions of Protest Behavior in American Cities“, in: *American Political Science Review*, 67 (1) (März), S. 11-28.
- Ekiert, Grzegorz, und Jan Kubik (1998a). „Contentious Politics in New Democracies. East Germany, Hungary, Poland, and Slovakia, 1989-93“, in: *World Politics*, (50) (Juli), S. 547-581.
- Ekiert, Grzegorz, und Jan Kubik (1998b). „Collective Protest in Post-Communist Poland, 1989-1993: A Research Report“, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 31 (2), S. 91-117.
- FAZ (2008). „„Charta 08‘ schon von 5000 Chinesen unterzeichnet“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.12.
- Fewsmith, Joseph (2008). „An ‚Anger-Venting‘ Mass Incident Catches the Attention of China’s Leadership“, in: *China Leadership Monitor*, (26) (Fall), S. 1-10.
- (2007). „Assessing Social Stability on the Eve of the 17th Party Congress“, in: *China Leadership Monitor*, (20) (Winter), S. 22.
- Fishman, Robert M. (1990). „Review Article: Rethinking State and Regime: Southern Europe’s Transition to Democracy“, in: *World Politics*, 42 (3) (April), S. 422-440.
- FT = *Financial Times*.
- Fuchs, Dieter (1984). „Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen“, in: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim*, hrsg. v. Jürgen W. Falter, Christian Fenner und Michael Th. Greven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 621-634.
- Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann (1995). „Citizens and the State? A Changing Relationship?“ in: *Citizens and the State*, hrsg. v. Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs. Oxford: Oxford University Press, S. 1-23.
- Gilboy, George J., und Benjamin L. Read (2008). „Political and Social Reform in China: Alive and Walking“, in: *The Washington Quarterly*, 31 (3) (Sommer), S. 143-164.
- Gilley, Bruce (2005). „Should We Try to Predict Transitions to Democracy?: Lessons for China“, in: *The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations*, 6 (1) (Winter/Frühjahr), S. 113-128.
- „The Limits of Authoritarian Resilience“, in: *Journal of Democracy*, 14 (1) (Januar), S. 18-26.

- Gilley, Bruce, und Heike Holbig (2009). „The Debate on Party Legitimacy in China: A Mixed Quantitative/Qualitative Analysis“, in: *Journal of Contemporary China*, (März) (im Erscheinen).
- Goldstone, Jack A., und Charles Tilly (2001). „Threat (and Opportunity): Popular Action and State Response in the Dynamics of Contentious Action“, in: *Silence and Voice in the Study of Contentious Politics*, hrsg. v. Ronald R. Aminzade, Jack A. Goldstone, Doug McAdam, Elizabeth J. Perry, Jr. William H. Sewell, Sidney Tarrow und Charles Tilly. Cambridge: Cambridge University Press, S. 179-194.
- Gong'anbu (2007a). *Gong'anbu: Jiceng lingdao shizhi yinfa yanzhong quntixing shijian xu cizhi* [Ministerium für öffentliche Sicherheit: Basisleiter, die durch Fehler in der Amtsführung ernsthafte Massenvorfälle herbeiführen, müssen entlassen werden], 6.1., <http://cpc.people.com.cn/GB/64093/64371/5252633.html> (Aufruf: 22.2.2007).
- (2007b). *Liu Jinguo chuxi zhongyang shehui zhian zongzhi wei 2007 nian diyici quanti huiyi bing fayan* [Rede des Vorsitzenden Liu Jinguo auf der ersten Vollversammlung der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der gesellschaftlichen Sicherheit im Jahr 2007], www.mps.gov.cn/cenweb/brj/Cenweb/jsp/common/article.jsp?infoid=ABC000000000000373920 (Aufruf: 14.9.2007).
- (2006). *Gong'anbu tongbao shehui zhian xingshi ji shishi shequ he nongcun jingwu zhanlüe qingkuang (tuwen zhibo)* [Bericht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit über die Situation der öffentlichen Ordnung und den Stand der Umsetzung der Polizeistrategie in Stadtvierteln und Dörfern, Pressekonferenz], 14.11., www.mps.gov.cn/cenweb/brj/Cenweb/jsp/common/article.jsp?infoid=ABC00000000000035595 (Aufruf: 14.9.2006).
- Gransow, Bettina (2008). „Das Petitionswesen in China – ein Instrument sozialer Gerechtigkeit?“ in: *Der Bürger im Staat*, 58 (3/4), S. 236-242.
- Guo, Feixiong (2006). „Facing the Threat“, in: *China Rights Forum*, (3), S. 40-42.
- Guo, Gang (2007). „Organizational Involvement and Political Participation in China“, in: *Comparative Political Studies*, 40 (4), S. 457-482.
- Guojia Xinfangju (2007). *Zhongguo buduan gaijin xinfang gongzuo – niuzhuan quntixing shijian gaofa shitou* [China verbessert unaufhörlich die Petitionsarbeit und dreht die Tendenz des Anwachsens der Massenvorfälle]. Guojia Xinfangju (State Bureau for Letters and Calls), www.gjxfj.gov.cn/2007-03/28/content_9638117.htm (Aufruf: 8.6.2007).
- Hadenius, Axel, und Jan Teorell (2007). „Pathways from Authoritarianism“, in: *Journal of Democracy*, 18 (1) (Januar), S. 143-156.
- He, Baogang, und Mark E. Warren (2008). „Authoritarian Deliberation: The Deliberative Turn in Chinese Political Development“. Paper presented at the Conference „American Political Science Association Annual Meeting“, Boston, 28.-31.8., www.politics.ubc.ca/fileadmin/template/main/images/departments/poli_sci/Faculty/warren/Authoritarian_Deliberation_APSA_2008.pdf (Aufruf: 24.11.2008).

- Heberer, Thomas, und Gunter Schubert (2006). „Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China“, in: *Asien*, (99) (April), S. 9-28.
- Heilmann, Sebastian (2008a). *Experimentation under Hierarchy: Policy Experiments in the Reorganization of China's State Sector, 1978-2008*, CID Working Paper, 172 (Juni), Center for International Development at Harvard University, 19 S.
- (2008b). „From Local Experiments to National Policy: The Origins of China's Distinctive Policy Process“, in: *The China Journal*, (59) (Januar), S. 1-30.
- Heyd, Adam (2005). *Here Today, Gone Tomorrow: Media Responses to the Taishi Village Incident*, <http://en.chinaelections.org/PrintNews.asp?NewsID=3326> (Aufruf: 22.12.2008).
- Ho, Peter (2007). „Embedded Activism and Political Change in a Semiauthoritarian Context“, in: *China Information*, 21 (2) (Juli), S. 187-209.
- Ho, Peter, und Richard Louis Edmonds, Hrsg. (2008). *China's Embedded Activism. Opportunities and Constraints of a Social Movement*. *Routledge Studies on China in Transition*, hrsg. v. David S. G. Goodman, London und New York: Routledge. 258 S.
- Holbig, Heike (2007a). „Demokratie chinesischer Prägung – Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas“, in: *China aktuell*, (6), S. 32-55.
- (2007b). „Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte“, in: *GIGA Focus Asien*, (12), S. 8.
- (2006). *Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era*, GIGA Working Paper, Nr. 18 (März), GIGA, Hamburg, 35 S., auch veröffentlicht in: Heberer, Thomas, und Gunter Schubert (2008). *Regime Legitimacy in Contemporary China. Institutional Change and Stability*. London und New York: Routledge, S. 13-34.
- (2005). „Taishi – Lokale Proteste mit nationaler Tragweite“, in: *China aktuell*, (6), S. Ü10.
- (2002). „Die Politik entdeckt die „benachteiligten Gruppen“. Die 5. Plenartagung des IX. Nationalen Volkskongresses“, in: *China aktuell*, (März), S. 266-274.
- Hu, Jintao (2005a). „Apparent Text of Chinese President's Speech on Harmonious Socialist Society“, Xinhua, 26.6., nach BBC PF, 2.7.
- Hu, Ping (2005b). „Taishi Village: A Sign of the Times“, in: *China Rights Forum*, (4), S. 64-66.
- Huang, Haifeng (2008a). *Media Freedom, Governance, and Regime Stability in Authoritarian States*. Department of Political Science, Duke University, www.poli.duke.edu/gsc/files/huang08b.pdf (Aufruf: 11.1.2009).
- (2008b). *Media Freedom, Protest Cascade, and Local Corruption in Autocracies (Draft)*. Department of Political Science, Duke University, www.duke.edu/~hh28/Media%20Freedom,%20Protest%20Cascade,%20and%20Local%20Corruption%20in%20Autocracies.pdf (Aufruf: 25.9.2008).
- Hunt, Robert W., und M. Lal Goel (1980). „Unconventional Political Participation“, in: *Participation in Social and Political Activities*, hrsg. v. David Horton Smith, Jacqueline Macaulay und Associates. San Francisco u. a.: Jossey-Bass Publishers, S. 133-152.

- Hurst, William (2004). „Understanding Contentious Collective Action by Chinese Laid-Off Workers: The Importance of Regional Political Economy“, in: *Studies in Comparative International Development*, 39 (2) (Summer), S. 94-120.
- IHT = *International Herald Tribune*.
- Javeline, Debra (2003). „The Role of Blame in Collective Action: Evidence from Russia“, in: *American Political Science Review*, 97 (1) (Februar), S. 107-121.
- Johnston, Hank, und Carol Mueller (2001). „Unobtrusive Practices of Contention in Leninist Regimes“, in: *Sociological Perspectives*, 44 (3), S. 351-375.
- Kaase, Max, und Alan Marsh (1979a). „Political Action Repertory. Changes Over Time and a New Typology“, in: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, hrsg. v. Samuel H. Barnes und Max Kaase. Beverly Hills und London: Sage Publications, S. 137-166.
- (1979b). „Political Action. A Theoretical Perspective“, in: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, hrsg. v. Samuel H. Barnes und Max Kaase. Beverly Hills und London: Sage Publications, S. 27-56.
- Kellog, Thomas E. (2009). „The Death of Constitutional Litigation in China?“ in: *China Brief*, 9 (7) (2.4.), S. 4-7.
- Kern, Thomas (2008). *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, hrsg. v. Heinz Abels et al. (Hagener Studientexte zur Soziologie). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 218 S.
- (2005). *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 302 S.
- Koopmans, Ruud, und Dieter Rucht (2002). „Protest Event Analysis“, in: *Methods of Social Movement Research*, hrsg. v. Bert Klandermans und Suzanne Staggenborg. Minneapolis und London: University of Minnesota Press, S. 231-259.
- Kousis, Maria (2005). „State Responses as Economic and Political Threats and Opportunities in Southern European Environmental Contention“, in: *Economic and Political Contention in Comparative Perspective*, hrsg. v. Maria Kousis und Charles Tilly. Boulder, CO: Paradigm Publishers, S. 202-225.
- Kriesi, Hanspeter, et al. (1992). „New Social Movements and Political Opportunities in Western Europe“, in: *European Journal of Political Research*, 22 (2), S. 219-244.
- Lagerkvist, John (2005). „The Rise of Online Public Opinion in the People’s Republic of China“, in: *China: An International Journal*, 3 (1) (Mar.), S. 119-130.
- Lam, Willy (2009a). „CCPLA: Tightening the CCP’s Rule over Law“, in: *China Brief*, 9 (7) (2.4.), S. 2-4.
- (2009b). „Hu Jintao’s Great Leap Backward“, in: *Far Eastern Economic Review*, 172 (1) (Januar/Februar), S. 19-22.
- (2008). „CCP Launches Personnel Reform to Stem ‚Mass Incidents‘“, in: *China Brief*, 8 (16) (1.8.), S. 2-4.

- Landry, Pierre F., and Yanqi Tong (2005). „Disputing the Authoritarian State in China“. Paper presented at the Conference „Stanford University Comparative Politics Workshop“, 14.11.2005, hrsg. v. Yale University, University of Utha, http://comparativepolitics.stanford.edu/Papers2005-06/Landry_11_14_05.pdf (Aufruf: 11.8.2006).
- Larson, Jeff A., und Sarah A. Soule (2003). *Organizational Resources and Repertoires of Collective Action*, www.u.arizona.edu/~jlarson/Papers/Repertoires.pdf (Aufruf: 18.7.2008).
- Lee, Ching Kwan (2005). *Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism*, Occasional Paper, 2 (Februar), United Nations Research Institute for Social Development, Geneva, 36 S.
- (2000). „Pathways of Labor Insurgency“, in: *Chinese Society. Change, Conflict and Resistance*, hrsg. v. Elizabeth J. Perry und Mark Selden. London und New York: Routledge, S. 41-61.
- Lemke, Christiane (1997). „Nachholende Mobilisierung. Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (B5) (24.1.), S. 29-37.
- Ling, L. H. M. (1994). „Rationalizations for State Violence in Chinese Politics: The Hegemony of Parental Governance“, in: *Journal of Peace Research*, 31 (4), S. 393-405.
- Lipset, Seymour M. (1981), *Political Man: The Social Basis of Politics*, 2. Aufl., Baltimore.
- Lohmann, Susanne (1994). „The Dynamics of Informational Cascades. The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany, 1989-91“, in: *World Politics*, (47) (Oktober), S. 41-101.
- Lorenz, Andreas (2008). „Repression in China steuert auf neuen Höhepunkt zu“, Spiegel Online, 11.12.
- Lu, Jia, and Ian Weber (2007). „State, Power and Mobile Communication: A Case Study of China“, in: *New Media & Society*, 9 (6), S. 925-944.
- Makarovic, Matej (o. J.). *The European Patterns of Political Participation: Towards the Issue of Convergence*. (Aufruf: 19.12.2008).
- Marsh, Alan, und Max Kaase (1979). „Measuring Political Action“, in: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, hrsg. v. Samuel H. Barnes und Max Kaase. Beverly Hills und London: Sage Publications, S. 57-96.
- McAdam, Doug, et al. (2001). *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press. 387 S.
- McCarthy, John D., et al. (1996). „Images of Protest: Dimensions of Selection Bias in Media Coverage of Washington Demonstrations, 1982 and 1991“, in: *American Sociological Review*, 61 (Juni), S. 478-499.
- Minzner, Carl F. (2006). „Xinfang: An Alternative to Formal Chinese Legal Institutions“, in: *Stanford Journal of International Law*, 42 (1), S. 103-179.
- Monteleone, Mike (2006). *Knocking from Within: Contemporary Social Unrest and Its Consequences for a Stable China*. Department of East Asian Languages and Civilizations. University of Chicago, <http://humanrights.uchicago.edu/Baro/mcmhr1.pdf> (Aufruf: 23.6.2008).

- Nathan, Andrew J. (2003). „Authoritarian Resilience“, in: *Journal of Democracy*, 14 (1), S. 6-17.
- Norris, Pippa, et al. (2005). „Who Demonstrates? Disaffected Rebels, Conventional Participants, or Everyone?“ in: *Journal of Comparative Politics*, 37 (2) (Januar), S. 189-206.
- O'Brien, Kevin J. (2003). „Neither Transgressive nor Contained: Boundary-Spanning Contention in China“, in: *Mobilization*, 8 (1) (Februar), S. 51-64.
- O'Brien, Kevin J., und Lianjiang Li (2006). *Rightful Resistance in Rural China*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press. 179 S.
- O'Donnell, Guillermo, und Philippe C. Schmitter (1986). *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press.
- o. A. (2007). *Gonganbu fubuzhang: bimian yin chuzhibudang dao zhi quntixing shijian kuoda [Stellvertretender Sicherheitsminister: Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass sich die Massenvorfälle wegen unangemessener Behandlung ausweiten]*, www.jcrb.com/zywfiles/ca598740.htm (Aufruf: 8.6.2007).
- Oliver, Pamela, und Daniel J. Myers (o. J.). *Networks, Diffusion, and Cycles of Collective Action*, www.ssc.wisc.edu/~oliver/PROTEST/ArticleCopies/NetworksDiffusionCycles.pdf (Aufruf: 21.11.2008).
- Osa, Maryjane (2000). „Troublemakers and Counter-Revolutionaries. Network Development and Protest Cycles in Authoritarian Regimes“. Paper presented at the Conference „Social Movement Analysis: The Network Perspective“, Ross Priory, Loch Lomond, Scotland, 22.-25.6., www.nd.edu/~dmyers/lomond/osa.pdf (Aufruf: 26.1.2009).
- Perry, Elizabeth J. (2005). „Studying Chinese Politics: Farewell to Revolution?“ Paper presented at the Conference „Fiftieth Anniversary of the Fairbank Center for East Asian Research“, Harvard University, 9.-10.12., www.wellesley.edu/Polisci/wj/308S/Readings/perry-FarewelltoRev.pdf (Aufruf: 27.11.2008).
- Qiu, Zhiyong (2005). „Xin fang wenti yu chuzhi yanjiu [Untersuchung zur Frage von Petitionen und ihrer Regelung]“, in: *Beijing Renmin Jingchaxueyuan Xuebao*, (11), S. 20-23.
- Quintelier, Ellen (2008). „Why Study Youth Political Participation in Belgium? Political Participation Among Young People. A Belgian Panel Study“. Paper presented at the Conference „2nd Research Day“, Leuven. Belgium, 27.10., hrsg. v. K. U. Leuven, <http://soc.kuleuven.be/web/files/2/6/Research%20Day%20Quintelier.pdf> (Aufruf: 8.1.2009).
- Sabucedo, Jose Manuel, und Constantino Arce (1991). „Types of Political Participation. A Multi-dimensional Analysis“, in: *European Journal of Political Research*, (20), S. 93-102.
- Schubert, Gunter (2008). „One-Party Rule and the Question of Legitimacy in Contemporary China: Preliminary Thoughts on Setting up a New Research Agenda“, in: *Journal of Contemporary China*, 17 (54) (Februar), S. 191-204.
- (2007). „Village Elections in Contemporary China. New Spaces for Generating Regime Legitimacy? Experiences from Lishu County“, in: *China Perspectives*, (3), S. 12-27.

- Schucher, Günter (2008a). „Böses Erwachen? Chinas Traum von der sozialen Harmonie“, in: *Der Bürger im Staat*, 58 (3/4), S. 243-250.
- (2008b). „Harmonisierung per Gesetz – Arbeitskonflikte in China und das neue Arbeitskonfliktgesetz“, in: *China aktuell*, (4), S. 63-109.
- (2007). „Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit“, in: *China aktuell*, (5), S. 40-69.
- (2006). „Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität“, in: *China aktuell*, (5), S. 47-63.
- SCMP = *South China Morning Post*.
- Shi, Tianjian (1997). *Political Participation in Beijing*. Cambridge/Mass. u. a.: Harvard University Press. XV+334 S.
- Smith, Benjamin (2005). „Life of the Party. The Origins of Regime Breakdown and Persistence under Single-Party Rule“, in: *World Politics*, (57) (April), S. 421-451.
- Straughn, Jeremy Brooke (2005). „‘Taking the State at Its Word’: The Art of Consentful Contention in the German Democratic Republic“, in: *American Journal of Sociology*, 110 (6) (Mai), S. 1598-1650.
- Tanner, Murray Scot, und Eric Green (2007). „Principals and Secret Agents: Central versus Local Control Over Policing and Obstacles to ‚Rule of Law‘ in China“, in: *The China Quarterly*, (191) (September), S. 644-670.
- Tanner, Murray Scott (2007). „Chinese Communist Party Strategies for Containing Social Protest“. Paper presented at the Conference „2nd Berlin Conference on Asian Security (Berlin Group)“, Berlin, 4./5.10.2007, hrsg. v. SWP, www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4597&PHPSESSID=88d1bc39d22ca060437970014b60e612 (Aufruf: 26.9.2008).
- (2004). „China Rethinks Unrest“, in: *The Washington Quarterly*, 27 (3) (Summer), S. 137-156.
- Tarrow, Sidney (1991). „Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (4), S. 647-670.
- Tian, Sui (2008). „Qunian youxing shiwei jihui chuangxin jilu [Neue Meldungen über Aufmärsche, Demonstrationen und Versammlungen im letzten Jahr]“, in: *Dongxiang*, (1-2), S. 13.
- Tian, Sui (2007). „Qu’nian qianyuwan renci jihui kangzheng“ [Über 10 Millionen Teilnehmer an Protestkundgebungen im vergangenen Jahr]“, in: *Zhengming*, (2), S. 15-16.
- Tilly, Charles (1995). *Popular Contention in Great Britain, 1758-1834*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Townsend, James R. (1969). *Political Participation in Communist China*. New Edition. Berkeley und Los Angeles: California University Press. 233 S.
- Ulfelder, Jay (2005). „Contentious Collective Action and the Breakdown of Authoritarian Regimes“, in: *International Political Science Review*, 26 (3), S. 311-334.

- v. A. [verschiedene Autoren] (2008). „„Dianxing quntixing shijian' de jinghao [Warnsignale eines ‚typischen Massenvorfalls‘]““, in: *Liaowang*, (36) (8.9.), S. 28-41.
- Walker, Edward T., et al. (2008). „Confronting the State, the Corporation, and the Academy: The Influence of Institutional Targets on Social Movement Repertoires“, in: *American Journal of Sociology*, 114 (1) (Juli), S. 35-76.
- Wang, Zhengxu (2006). „Explaining Regime Strength in China“, in: *China: An International Journal*, 4 (2) (Sep.), S. 217-237.
- Weaver, R. Kent (1986). „The Politics of Blame Avoidance“, in: *Journal of Public Policy*, 6 (4), S. 371-398.
- Wheaton, Kristan J. (2001). *Transitions from Authoritarian Rule: An Iterative Model*, www.oss.net/dynamaster/file_archive/040319/aa115fbb5880b64176f3327c89e282d5/OSS2002-02-16.pdf (Aufruf: 23.12.2008).
- Willmann, Katrin (2006a). „Fortsetzung von gesellschaftlichen Unruhen und Reaktionen auf die Proteste der letzten Monate“, in: *China aktuell*, (2), S. 110-112.
- (2006b). „Landesweiter Hungerstreik“, in: *China aktuell*, (2), S. 112-113.
- (2006c). „Prominente Aktivisten im Zentrum staatlicher Repression“, in: *China aktuell*, (5), S. 109-110.
- (2006d). „Verschärfte Medienkontrolle oder Protektionismus“, in: *China aktuell*, (5), S. 83-90.
- Wu, Vivian (2009). „Cadres Told to Heed the People“, in: *South China Morning Post*, 15.4.
- Wu, Guoguang (2008). „From the Great Rock to the Eastern Islet. The Politics of Citizen Engagement and Local Governance in China“, in: *China Perspectives*, (1), S. 70-78.
- Wu, Jiao (2008). „Officials ‚must treat public woes‘“, in: *China Daily*, 16.7.
- Yu, Jianrong (2008). „Emerging Trends in Violent Riots“, in: *China Security*, 4 (3) (Sommer), S. 75-81.
- Zheng, Yongnian (2002). „State Rebuilding, Popular Protest and Collective Action in China“, in: *Japanese Journal of Political Science*, 3 (1), S. 45-70.
- Zheng, Yongnian, and Guoguang Wu (2005). „Information Technology, Public Space, and Collective Action in China“, in: *Comparative Political Studies*, 38 (5) (Juni), S. 507-536.
- Zhong, Yuming, und Gensheng Guo (2006). „Shehui maodun xinjinghao (Neue Tendenz bei gesellschaftlichen Widersprüchen)“, in: *Liaowang*, 16.10., S. 10-13.
- Zhou, Yongming (2006). *Historicizing Online Politics. Telegraphy, the Internet, and Political Participation in China*. Stanford, CA: Stanford University Press. 290 S.
- Zhu, Li, et al. (2009). *Woguo Zhongda Tufa Shijian Jiexi [Analyse schwerwiegender plötzlicher ausbrechender Ereignisse in China]*. Nanjing: Nanjing Daxue Chubanshe. 342 S.